

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Preis Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die Anzeigenpreise sind: Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigenpreis.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die französischen Sanktionen haben begonnen

Die deutsche Antwortnote

Die dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré von der deutschen Regierung wegen der Ausgleichszahlungen zugegangene Antwortnote, die gestern 11 Uhr mittags durch den Geschäftsträger der deutschen Botschaft, Botschaftsrat von Hoesch, in Paris überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Herr Ministerpräsident!

Eurer Excellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen.

Die Reparationskommission hat auf Antrag der Deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen wird.

Die Königlich Großbritannische Regierung hat auf den Antrag der Deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der Deutschen Regierung eine Antwort im Rahmen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zu lassen. Die Königlich Belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationszahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Ihrer Excellenz beizufügen. Die deutsche Regierung kann annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird.

Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Antwort zu der Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders in gehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorgelegter Gesetzentwurf eine Neuordnung des Berechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Eure Excellenz bezeichnen die in Ihrer Note vom 26. 7. 1922 angekündigten Maßnahmen nunmehr als „Retorsionsmaßnahmen“. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses srislos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debitfallen wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Ihrer Excellenz Note vom 28. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert: die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung einbringlich der Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

Sanktionen im Elsf

Paris, 5. August. Havas veröffentlicht folgendes Communiqué:

Da die deutsche Regierung heute nur eine dilatorische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmten Beschlüsse gefaßt:

- 1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.
2. Die Ausgleichsämter erhalten Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung und aus dem Erlös der Li-

quidationen der deutschen Güter in Frankreich die durch die Urteile des gemischten Schiedsgerichts gewährten Entschädigungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen. Die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens von August-September 1921, auf Grund dessen die von den Ausgleichsämtern Paris und Straßburg gewährten Zahlungen erfolgen, werden bis auf weiteres suspendiert, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.

3. Die Ausgleichsämter Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Notifikation des Reichertles aus Liquidationen deutscher Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschen mit in Frankreich liquidiertem Besitz praktisch unmöglich machen und Deutschland verhindern, Gütern im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verwenden.

4. Die im Gange befindliche Ausführung des in Wiesbaden geschlossenen Abkommens über die Wiedererstattung von Mobiliar, das von deutschen Eigentümern in Elsf und Lothringen zurückgelassen worden ist, wird suspendiert.

5. Falls diese verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

So hat denn die französische Regierung trotz allen Widerstands seiner Alliierten mit der Vornahme seiner Androhungen begonnen. Die Sanktionen im Elsf sind nur ein kleiner Anfang. Im ganzen sollen bereits 15 der verschiedensten und einschneidendsten Maßnahmen in Aussicht genommen sein. Weder der Friedensvertrag noch die späteren Deutschland zwangsweise auferlegten Verpflichtungen geben Frankreich ein Recht dazu. Aber Macht geht vor Recht. In einem zwangsweisen Vorgehen wäre erst eine rechtliche Handhabe gegeben, wenn Deutschland der am 15. August fällig werdenden Zahlung nicht nachgekommen wäre. Auch hier handelt es sich um ein aus reiner Willkür geborenes Vorgehen, wie leiznerzeit bei der Besetzung Frankreichs. Und wenn Poincaré sich fragen würde, ob er mit solchen Maßnahmen Deutschland erhöhte Leistungen abzwängen könnte, müßte er es mit einem platten Nein beantworten. Dieser neue Schlag wird zugleich ein neuer Schlag gegen die deutsche Valuta sein, wodurch Deutschlands Zahlungsfähigkeit immer mehr zerrütet und die Aussichten Frankreichs, von Deutschland baldige Mittel zur Verbesserung seiner ebenfalls arg zerrüteten Finanzen zu bekommen, immer mehr geschwächt werden. Statt einer Steigerung des französischen Budgets wird ein derartiges Vorgehen ihm eine weitere Schwächung bringen. Denn auch der französische Valutastand bleibt nicht unberührt von dem Niedergang der deutschen Mark. Auch die Londoner Verhandlungen erfahren durch die Sanktionen im Elsf eine weitere Komplikation.

Frankreich will ins Ruhrgebiet

(D.N.) Duisburg, 5. August. Aus industriellen Kreisen erfährt die „Dema“, daß die rheinische Industrie hart beunruhigt ist über bestimmte Meldungen aus Paris, nach denen die Franzosen unter allen Umständen das Ruhrgebiet besetzen wollen. Die Besetzung soll nicht auf Grund der Verweigerung der Ausgleichszahlungen, sondern als Sicherheit für die Bewilligung eines Moratoriums erfolgen. Die Entscheidung darüber hängt von der Londoner Konferenz ab. Sicheren Nachrichten zufolge werden die Franzosen in London ein kurzfristiges Moratorium für Deutschland vorschlagen, das etwa bis Ende 1922 währen soll. Dafür soll Deutschland aber neue sehr schwere Bestimmungen und Sicherstellungen auf sich nehmen. Zunächst verlangen die Franzosen als Unterpfand eine Beteiligung von 25 Proz. an der deutschen Industrie. Ferner die Inbetriebnahme der staatlichen Forsten und Bergwerke in eigene Regie und gewisse finanzielle Bedingungen. Sollte dieser französische Plan nicht die Zustimmung der übrigen Alliierten in London finden, dann wollen die Franzosen selbständig vorgehen. Sollten die Alliierten sich aber mit den französischen Vorschlägen einverstanden erklären, dann würde alles davon abhängen, ob Deutschland diese neuen Bedingungen erfüllen will oder nicht.

Wie verlautet, haben die Industriellen den Behörden von diesen Nachrichten bereits Mitteilung gemacht, doch ist in Berliner amtlichen Stellen noch keine Bestätigung zu erlangen. Die Nichterfüllung vorandehelt, würde Frankreich die Gewährung eines nur kurzfristigen Moratoriums für Deutschland von derartia scharfen Bedingungen abhängig machen, daß damit so gut wie nichts erreicht wäre, am allerwenigsten aber eine Besserung oder auch nur eine Stabilisierung der Markvaluta. Siehe auch 3. Seite.

Die französischen Vertreter für London. Poincaré wird auf seiner Reise nach London von dem Direktor für auswärtige Angelegenheiten aus dem Quai d'Orsay, Berretti della Rocca, dem türkischen Sachverständigen Bromagoei, von dem Sekretär der Vorkriegskonferenz Roskoff, von dem Dolmetscher Komersina sowie von den Finanzsachverständigen Tannero und Marguerie begleitet sein.

Die Wirtschaftslage Deutschlands

Lloyd Georges Rede im Unterhaus hatte einen starken Unterton der Sorge vor einem wieder erstarrenden Deutschland. Dieselbe Sorge beherrscht auch Frankreich. Kann man in Frankreich diese Tatsache sehr leicht in zweifacher Hinsicht zu Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen fruktifizieren, indem man neben die Gefahren eines militärisch starken die eines wirtschaftlich mächtigen Deutschlands an die Wand malt, so wird England fast ausschließlich von der Sorge vor dem Erstarren der deutschen Wirtschaft beherrscht. Es ist Tatsache, daß Deutschlands Produktionsapparat durch den Krieg bei weitem nicht so mitgenommen wurde wie der Frankreichs. Andererseits darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß es neben großen industriellen Wirtschaftsbereichen auch große landwirtschaftlich ertragreiche Provinzen verlor. Schon dies führt zu einer völligen Umgestaltung der Handelsbilanz, um so mehr, als auch der deutsche Auslandsbesitz und die deutsche Handelschiffahrt ebenfalls fast restlos kassiert wurden.

Es darf andererseits aber auch als Tatsache betrachtet werden, daß Frankreich sowohl wie England Deutschland wirtschaftlich nicht höher kommen lassen wollen, als es zu ihrem eigenen Besten unbedingt erforderlich ist. Gerade daraus ergeben sich die ungeheuren Schwierigkeiten des Wiederaufbaus. Was aber bisher unternommen wurde, hat Deutschlands Wirtschaftsmöglichkeit immer mehr den Boden entzogen, so sehr, daß es durch den drohenden Zusammenbruch der allzu morischen Wirtschaftsbede die übrigen europäischen Staaten mit in den Abgrund zu reißen droht.

Die Befürchtungen des allzu raschen wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands sind stark übertrieben. Die R.P.F. brachte am Sonnabend abend von unterrichteter Stelle eine Fülle von Material über das Wirtschaftsleben in Deutschland.

Deutschlands Kohlenförderung im jeigen Gebietsumfang steht noch immer um 20 Prozent hinter der des Jahres 1913 zurück, obwohl die Zahl der Bergarbeiter (von 588 000 auf 845 000 Mann) um mehr als 40 Prozent vermehrt worden ist. Die deutsche Kohleerzeugung ist von 11,5 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 6,4 Millionen Tonnen im Jahre 1920, die Rohstahlerzeugung von 12,7 Millionen auf 8,4 Millionen gesunken. Die Zahlen für 1921 sind nur um ein ganz Geringes günstiger. Die Textilproduktion bleibt um mehr als ein Viertel gegenüber der Vorkriegszeit zurück. Die Jahresleistung der deutschen Bahnen an Wagenaxenkilometern erreichte 1921 erst 75 Prozent der Leistung von 1913; der Index der Betriebsunfälle ist aber um 70 Prozent gestiegen. Infolge der fortgesetzten Umfassungsmengen läuft ein großer Teil des Produktionsapparates, der technisch voll in Betrieb ist, wirtschaftlich doch leer. Im Durchschnitt muß die deutsche Wirtschaft heute noch mit 40 Prozent solchen Leerlaufs rechnen.

Nicht besser steht es mit der landwirtschaftlichen Erzeugung. Der Gesamtertrag der Ackerernte ist — die Vergleiche beziehen sich immer auf den jetzigen Gebietsumfang des Reiches — von 20 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf rund 17 Millionen im Jahre 1921 gesunken. In der gleichen Zeit fielen die Kartoffelerträge von 44 Millionen Tonnen auf 26 Millionen Tonnen. Der Produktionsverlust allein an diesen Erzeugnissen beträgt fast 2 Milliarden Goldmark im Jahre. Die Rohzuckererzeugung ist von 2,6 Millionen auf 1,3 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Ein untrüglicher Zeiger für den Stand der Produktivität ist die Größe der Rohstoffeinfuhr. Während die Gesamteinfuhr dem Werte nach auf 43 Prozent der Vorkriegseinfuhr gefallen ist, ist die Rohstoffeinfuhr auf 28 Prozent, die Einfuhr von mineralischen Rohstoffen sogar auf 25 Prozent gesunken.

Es ist richtig, daß Deutschland verhältnismäßig wenig Arbeitslose hat. Dafür ist die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, der Reallohn gefährlich gesunken. Die normalen Arbeitereinkommen lagen im Juni 1922 um 40 bis 50 Prozent unter dem Niveau von 1913, bei gelerntem Vorbestimmern im Durchschnitt zwischen 30 und 40 Prozent. Das normale Arbeitereinkommen war damit der Kaufkraft noch annähernd auf die Hälfte des Vorkriegseinkommens gesunken. Zum Teil noch stärker als die Arbeiterschaft sind ruiniert Sparfüßler, gläubiger, Hausbesitzer, Befitzer von Sparkassenguthaben, Zeichner von Staatsanleihen. Das bedeutet den Ruin eines großen Teiles des Mittelstandes, insbesondere wichtiger Träger zivilisatorischen Fortschritts. Millionen verelenden die Kreise der höheren Angestellten

und Beamten. Das Gehalt eines deutschen Reichsministers betrug im Juni 1922 nur 250 Pfund, das eines Staatssekretärs 175, das eines höheren Ministerialbeamten 130 Pfund.

Die Ernährung weiter Kreise der Bevölkerung leidet schwer unter der Teuerung. Seit der Annahme des Londoner Ultimatum im Mai 1921 stieg der Preis für das Roggenbrot auf das 3fache, der für Margarine auf das 6fache, für Kartoffeln auf das 8fache. Der angebliche Wohlstand Deutschlands kennzeichnet sich dadurch, daß gegenüber der Vorkriegszeit der Fleischverbrauch auch noch nicht 30 Prozent, der von Brotgetreide auf 76 Prozent herabgegangen ist. Mund eine Million Wohnungen fehlen der Bevölkerung. Ihr Verbrauch an Kleidung und Wäsche ist tief herabgedrückt. Die kulturellen Einrichtungen brechen den Reihe nach zusammen. Die Städte müssen auf ihre Einrichtungen der Gesundheitspflege verzichten, und wertvolle wissenschaftliche Institute werden in zunehmender Zahl geschlossen. Je näher das Gesamteinkommen an das Existenzminimum gerückt ist, desto geringer wird die steuerliche Leistungsfähigkeit.

Trotz der lauten Klagen darüber, daß Deutschland unter dem Schutze seiner scheinbaren Währung die Weltmärkte mit seinen Waren überschwemmt, ist die deutsche Ausfuhr tatsächlich gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gesunken. Der Menge nach betrug sie im Durchschnitt des vergangenen Jahres (Mai 1921 bis April 1922) nur noch 30 Prozent der Ausfuhr vor dem Kriege, und selbst wenn man die Kohlenausfuhr außer Rechnung stellt, nur wenig mehr als 25 Prozent. Der Goldwert der Vorkriegsausfuhr überstieg 10 Milliarden Goldmark, der Goldwert der vorjährigen Ausfuhr betrug nur 3,6 Milliarden des heutigen geringen Goldwertes. Gefallen ist die Ausfuhr nur in einigen Warengruppen, die für die gesamte Handelsbilanz bedeutungslos sind. In allen wichtigen Warengruppen ist die Ausfuhr ungeheuer zurückgegangen, z. B. in der Metallindustrie auf 36 Prozent. Für seine Einfuhr hat Deutschland einen Mindestbedarf von 4,6 Milliarden, davon Lebensmitteleinfuhr 1,75 Milliarden und Rohstoffeinfuhr 2,85 Milliarden Goldmark. Die früheren Auslandsquoten und die Gewinne aus der Schiffahrt sind weggefallen. Allein schon in der Handelsbilanz ohne die Kosten des Friedensvertrages hat Deutschland einen jährlichen Selbstverbrauch von nahezu 2 Milliarden Goldmark.

Ueberall Rückgang. Und es wird auch noch einige Zeit über die wirkliche Reparationsregelung hinaus dauern, bis der Stand von 1913 wieder erreicht ist. Man soll auch im Ausland nicht verkennen, daß nach erfolgter Stabilisierung der Mark die Arbeiter besser als bisher in der Lage sind, ihren Reallohn zu erhöhen. Das ist mit dem Anwachsen der Markkraft sogar in verstärktem Maße ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. Heute sagt eine Markentwertung die andere. Die jeweils erhöhten Löhne werden oft wenige Tage nach Abschluß der Kämpfe schon wieder durch weiteren Marksturz illusorisch. Da der Marksturz aber zum sehr beträchtlichen Teil auf die Reparationspolitik zurückzuführen ist, ist es auch diese, die zum guten Teil den Boden für das Dumping schafft. Es würde sich bei einer Stabilisierung der Mark von selbst abhauen, daß die bereits abgeleiteten Befürchtungen auch an Boden verlieren. Aber alle diese Tatsachen werden solange und unzureichende Währungsfinden, als statt vernunftgemäßer Erwägungen Machtgrundzüge entscheiden.

Karlchen Nabel als Bittensrichter. — Die kommunistische Presse veröffentlicht Artikel von Karl Nabel in denen er sich fittlich entäußert über die Sozialrevolutionäre, die angeblich von anderen Revolutionären Geld angenommen hätten. Die Angeklagten in Moskau haben diese Anschuldigung bekanntlich als unwahr bezeichnet. Durch den Ehrenmann Nabel wird das schändlich nicht widerlegt. — Wie dem aber auch sei: Nabel und die kommunistische Presse sollten bei ihrer Enttäuschung über Leute, die von ausländischen Revolutionären zum Kampfe gegen sozialistische Organisationen finanziell unterstützt werden, sehr vorsichtig sein.

Graf Lerchenfeld kommt nicht nach Berlin

(D.A.) Berlin, 3. August. Wie die „Dona“ von guter richtiger Seite erfährt, bestätigt es sich, daß der bayerische Gesandte in Berlin, Herr v. Preger, nach seiner Rückkehr aus München der Reichsregierung mitgeteilt hat, daß Graf Lerchenfeld bereit sei, nach Berlin zu kommen. Die Reichsregierung hatte dem Grafen Lerchenfeld darauf eine Einladung übermittelt, die Herr v. Preger überbracht hat. Graf Lerchenfeld war also bereit, nach Berlin zu kommen, als sich aber in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei ein starker Widerstand gegen diese Berliner Reise des bayerischen Ministerpräsidenten geltend machte, hat Graf Lerchenfeld es vorgezogen, die Einladung nicht anzunehmen. Er wird nunmehr nicht nach Berlin kommen.

Diese Meldung besagt ganz klar: der bayerische Ministerpräsident ist vollkommen der Besorgene derjenigen Kreise in Bayern, die „unter allen Umständen“ den Konflikt mit dem Reiche auf die Spitze treiben wollen. Anders die bayerische Regierung so lauz, wie diese Kreise wollen, widerlegt sie selbst ihre so oft wiederholten Versicherungen, daß sie immer reichsfern war und unter keinen Umständen eine Verhängung des Konflikts wünschte. Der Reichspräsident hat seinen Zweifel über die Verfassungswidrigkeit der bayerischen Sonderverordnung gelassen und auch darüber nicht, was seine Pflicht als Hüter der Reichsgesetze ist. Nur um vom Reiche die Verantwortung für jede Verschärfung der Gegenläufe zu nehmen, hat er sich persönlich verwandt und versucht, alles zu tun, was Bayern die Wege zur Aufgabelung des gefährlichen Spiels seiner Konfliktstreiber ebnen könnte. Die bayerische Regierung hat die dargebotene Hand des Reichspräsidenten abgewiesen und sie stützt durch das Verhalten Lerchenfelds zur Ablehnung auch noch die Verhöhnung.

Was Bayern treibt, ist inständliche Untergrabung der Autorität der Reichsregierung und sollte endlich von der maßgebenden Seite als solches erkannt werden. Fast schon zwei Wochen wird täglich und stündlich das politische Leben durch Bayerns Spiel beunruhigt. Wie lange soll das noch weitergehen? Bayern will wohl beim Reiche bleiben, aber nicht bei der Neurolle. Es will den Konflikt und sabotiert jede Verhandlungsmöglichkeit. Wohl denn: der Reichspräsident muß jetzt eingreifen. Er ist verpflichtet, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung die bayerische Sonderverordnung aufzuheben. Straußt sich Bayern, dann bietet die Reichsverfassung Handhabe, das bayerische Volk zu befragen durch einen Volksentscheid. Der kann aber nur über die Frage erfolgen: Für die Republik und ihren Schutz gegen die monarchistischen Reichsverderber, oder Abtrennung vom Reiche unter Führung der Ludendorff, Raahr und Juniors?

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern.

Die die VPR. hören, nimmt man in den Berliner maßgebenden Kreisen an, daß die Aussprache zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung trotz der bayerischen Dementis in kürzer Zeit in Berlin stattfinden wird. Jedenfalls ist die Reichsregierung entschlossen, in der gegenwärtigen ersten Lage des ganzen Volkes keine Fristenpolitik zu treiben und die notwendige Durchführbarkeit der Reichsregierung nicht mit irgendwelchen Formalitäten zu veranlassen.

Deutschnationale und Deutschvölkische

Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift: Sie können es besser, folgendes:

„Wegen Verbreitung ideologischer Propaganda, die in unzulässiger Weise neue Gewaltpläne herbeizuführen könnten, war der „Vorl. Volks-Anzeiger“ für drei Wochen verboten worden. Aber er war nur ein paar Tage weg, morgen ist er schon wieder da. Verlaß und Redaktion haben dem Minister Severin in ein paar gute Worte geredet, und der ist kein Unmensche, sondern läßt mit sich reden. — So schamlos ist in dieser Republik die Dreifachheit „nebel“. Ein Glück nur, daß wir die Deutschnationalen

haben. Diese allbewährten Freiheitskämpfer, die werden es schon schaffen. Aber wie? Beim Wiedererschließen des „Volks-Anzeiger“ fällt einem das alte gute „Deutsches Abendblatt“ ein. Dieses völkische Blatt hatte eine Lippe gegen die deutschnationale Parteileitung riskiert, am Tage darauf war es spurlos verschwunden. Was war es, wie von einer monatlichen Gewalt in die Tiefe gezogen. Einmal sah man noch seinen Kopf auftauchen, und das redete traurige Dinge über Flucht und Verfolgung von Druderei zu Druderei. Und wiederum — was war es! Seine Hoffnungen, vom Montag der jetzt an Ende abenden Woche an wieder ganz herauskommen zu können, hat sich nicht erfüllt. Es war nicht mehr gesehen!

Severin kann von den Deutschnationalen immer noch was lernen! Aber sie haben ja auch die ältere Praxis.

Weiter wird gemeldet, daß Dr. Düringer, der bekanntlich aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetreten ist, erklärt haben soll, daß er damit durchaus nicht aus der Partei ausgetreten sei. Dasselbe haben bekanntlich auch Bulke und Graese erklärt. Eine nette Partei, diese deutschnationale, sie hat Mitglieder, die Reichstagsabgeordnete sind, aber von der deutschnationalen Reichstagsfraktion nichts wissen wollen. — Wie die Nationalliberale Korrespondenz noch meldet, ist in Regensburg der bisherige deutschnationale Generalmajor Graf von Schlieffen zur Deutschen Volkspartei übergetreten.

Deutsche Volkspartei und Bayern

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der offizielle Presseorgan der Deutschen Volkspartei, äußert sich in seiner neuesten Nummer 14 über „Die Verhandlungen mit Bayern“ folgendermaßen:

Der Einzelfall, der zu der Meinungsverschiedenheit Anlaß gegeben hat, wird in der allgemeinen Verhandlung keine Rolle spielen. Bei der Regelung dieses Punktes wird es hauptsächlich die Aufgabe Bayerns sein, zu einer Verständigung zu betragen. Die bayerischen Wünsche gehen wie es scheint (1) auf eine Annahme der Lösung Bayerns hin, die die gesamte Reichsverfassung im Rahmen des Gesetzes zum Schutz der Republik einem bayerischen Staatsgerichtshof vorbehält. Wie einer solchen Lösung wären indessen der Rufung zu einer völkischen Auflösung der einheitlichen Reichsverfassung. Denn wer könnte Sachen oder Thüringen oder einem anderen Lande einen besonderen Staatsgerichtshof verweigern, nachdem er Bayern ausstehen läßt? Gerade damit würde zweifellos die politische Einheit, die bei den Reichstagsverhandlungen aus dem Gesetz zum Schutz der Republik erfreulicherweise völlig ausgemerzt worden ist, sehr scharf in die Erscheinung treten. Denn in den Ländern mit sozialdemokratischer Mehrheit würde der Staatsgerichtshof auch ein entsprechendes Geschäft sein, und es würde dann nicht das Ansehen der Gerechtigkeit sein, die mit verbundenen Augen die Wege zwischen Reich und Unrecht hält. Zu solchen unhaltbaren Konsequenzen darf die an sich selbstverständlich ererbenswerte Verständigung mit Bayern nicht führen. Sie muß vielmehr auf der Forderung stehen, daß in dem Gesetz zum Schutz der Republik eine unparteiliche Anwendung sehr hart verhängt ist und daß es der Oberreichsanwalt in der Hand hat, den einzelstaatlichen Bedenken im einzelnen Falle Rechnung zu tragen.

Die Deutsche Volkspartei ist also nicht etwa gegen das Sondervergehen Bayerns, weil es verfassungswidrig ist, sondern nur wegen der Konsequenzen für die übrigen Länder, wo sozialdemokratische Mehrheiten sind. Diese könnten dann dasselbe fordern wie Bayern, nur mit dem Unterschied, daß in den besetzten Ländern durch „politische Einseitigkeit“ das „Ansehen der Gerechtigkeit“ beschmüht werden könnte. Die Streifenmänner sind natürlich noch wie vor streng überparteilich.

Rundgebung des Oberbefehlshabers der Roten Armee.

Der Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte der Sowjetrepublik Lomenev (edemals Generalstabsoberst der Rotenarmee) veröffentlichte eine Rundschreiben, worin es u. a. heißt: Es ist weiterhin notwendig, unermüdlich an der Entwickelung und Bevölkerung der Republik zu arbeiten und die Republik zu arbeiten angeht, die uns bevorstehenden Feinden der Sowjetrepublik. Die sich noch immer nicht mit der freien Erziehung der Sowjetüberation anstehen wollen.

Skorbut

Von Dr. Julius Moser.

Allerhand unliebame Gäfte hat uns der Krieg und die Kriegszeit, die wir noch lange nicht überwunden haben, gebracht. Einbrunnlinge, von denen wir bisher geglaubt hatten, daß ihr Auftreten in den Ländern der Kultur nicht mehr möglich sei. Scharfe Cholera, asiatische Pest, schwarze Pocken, Malaria und andere schone Dinge gehören jetzt bei uns schon lange nicht mehr zu den unbekanntesten Dingen. Und selbst solche Krankheiten, die auch früher schon von Zeit zu Zeit anzutreten pflegten, damals aber verhältnismäßig harmlos antraten, haben in den letzten Jahren häufig einen gefährlichen Verlauf angenommen. Ich erinnere nur an die letzten Grippe-Epidemien unheilvollen Gedankens. Die durch den Krieg geschaffenen Zustände, die ungesunde und unzureichende Ernährung, die geistige Nervosität haben einen für Epidemien schlimmerer Art nur allzu geeigneten Nährboden geschaffen. So Epidemien auftreten, da muß unbedingt in den gesamten Lebensverhältnissen des betroffenen Volkes etwas nicht in Ordnung sein. Und so ist es in der Tat.

Als neuester Gast hat nunmehr der Skorbut seinen Einzug bei uns gehalten. Gerade von dieser Krankheit hatten wir geglaubt, daß wir infolge unserer, gegenüber früher ganz anders gearteten Lebensweise für alle Zeiten verschont seien. Das Gegenteil ist nunmehr geschehen worden. Bis jetzt herrschte in Bezug auf den Skorbut die Meinung, daß sei eine Krankheit, die in früheren Zeiten, allenfalls bei der seelischen Bevölkerung, antrat, als Folgeerscheinung des Mangels an frischen Gemüsen, frischem Fleisch, Pflanzenstoffen usw. Seit längerer Zeit hat auch hier schon der Skorbut seine Schrecken verloren, seitdem in der Bekämpfung der Schiffmannschaften eine gründliche Veränderung eingetreten ist. Als vor einiger Zeit der Direktor der inneren Abteilung des Krankenhauses Charlottenburg, Herr Professor Ueber, in einer Sitzung der Medizinischen Gesellschaft einige Storbüchlein vorlas, sah sich selbst die ältesten Mitglieder der Gesellschaft erstaunt an, denn in ihrer jahrzehntelangen Praxis war ihnen noch kein Storbüchlein in die Hände gekommen. Und aus den Annalen der Gesellschaft konnte festgestellt werden, daß in ihren Ehrenbüchern seit Anfang der vierziger Jahre über Skorbut nicht mehr gesprochen worden war.

Die von Professor Ueber vorgeführten Fälle waren leider nicht die einzigen in ihrer Art. Seit Jahresanfang hat Professor Ueber schwere Storbüchlein behandelt, und auch im übrigen Deutschland wird das Auftreten des Skorbutis gemeldet, so namentlich in Nürnberg. Die Gründe hierfür sind ganz klar: es ist das Fehlen gewisser Stoffe, die in Pflanzen enthalten sind. Am besten ist es der Mangel an Kartoffeln und frischen Gemüsen, der in allen in Frage kommenden Fällen einwandfrei nachgewiesen werden konnte.

Der genannte Mangel dürfte jetzt wohl bereits behoben sein. Aber die Hauptfrage, der Preis, wird er mit der reicheren Kost auf ein Niveau sinken, das es auch dem weniger bemittelten Teil der Bevölkerung erlaubt, diese Dinge zu kaufen? Oder ist hierzu wenig Aussicht vorhanden. Denn über unsere Nahrungsmittel herrscht mit granitamer Strenge das Kartellgesetz: „Der See kann sich, der Landvogt nicht erbarmen.“

Eine neue Teuerungswelle wälzt sich heran, drohender und gefährlicher wie die vielen, die wir schon erlebt haben. In Kürze werden wir mit einem Brotpreis von 40.— bis 45.— M. zu rechnen haben. Und mit den Getreidepreisen pflegt erfahrungsgemäß der Kartoffelpreis zu steigen. Wenn das Brot zu teuer wird, sucht man das Manko durch erhöhten Konsum von Kartoffeln zu erlösen. Die gesteigerte Nachfrage aber treibt bekanntlich den Preis der Arbeit in die Höhe. Es ist leicht zu sagen: Wenn alles steigt, muß eben auch der Preis der Arbeit steigen. Aber die Erfahrung lehrt, daß das immer nur sehr unvollkommen der Fall ist. Der Lohn des Arbeiters ist immer der letzte Faktor, der steigt, nur sehr langsam und allmählich folgt er der allgemeinen Preissteigerung. Und ebenso ist sehr gegen eine zu weiten, daß, wenn der Arbeiter eine einzelne Stufe der Lohnsteigerung erreicht hat, unterdessen schon die allgemeine Teuerung wieder den gesteigerten Lohn um mehrere Staffeln überhöht hat.

Es gibt auf der ganzen Welt keine Menschenklasse von so granitartig egoistischem Charakter wie die Arbeiter. Seit längerer Zeit haben wir nun die freie Wirtschaft mit dem Erfolge, daß jeder Einkünfte vorzuziehen hat. Die Arbeiter und erbarmungslose Mächte unserer Arbeiter möchte nun auch den letzten kümmerlichen Rest aus der Welt schaffen, um über das ganze Gebiet der Volksernährung schrankenlos zu schalten und zu walten. Bei der Beratung über die

Getreideumlage haben wir ja gesehen, daß unsere Arbeiter nicht aufhören über Leiden zu gehen gewillt sind. Dieser Ausdruck ist ganz wirklich zu nehmen. Ueber Leiden wird es gehen, wenn die Verhältnisse sich weiter entwickeln in der Art und in dem Tempo, von der wir ja jetzt so erbärmliche Proben erleben. Der Mord an Rathenau läßt die Hoffnung auf eine Bille des Auslandes immer illusorischer werden. Wie soll das Ausland Vertrauen haben, wenn die rotende Welle der Gegenrevolution über auf Opfer verhängt? Finanzkrisen des Dollars bis zu schwindelnder Höhe, fortgesetzte Entwertung der Mark, rasendes Steigen der Preise aller Produkte, das ist die jüngste Frucht, die uns die Ermordung Rathenaus bereitet hat. Aber das wollen ja gerade unsere deutschnationalen Kreise. Die Republik darf nicht existieren, die Republik darf kein Glück haben. Ober man alles zusammen rechnet. Das will man ja gerade. Dieses Mal ist vielleicht die politische Seite der ganzen Sache stärker wie die materielle. Das Volk soll auf diese Weise mit Ochs und Verbitterung gegen die Republik erfüllt werden. So soll man die Schafe wieder in den alten Stall zurücktreiben zu können.

In einem Artikel der Klinischen Wochenschrift heißt es: „In den mittelhohen Kreisen der Kräfte tritt aber noch eine politische Forderung. Es müssen hart ermäßigte Sondertarife und bedeutende Subventionen für den Export von Mehl, Getreide und vor allem Kartoffeln verlangt werden. Eine solche Maßnahme wäre vermutlich schneller und leichter durchzuführen, als die natürlich noch mehr erwünschte Preisoberbegrenzung.“ Die klinische Wochenschrift dürfte in diesem Punkte nur allzu recht haben. Aber wir sind der Meinung, daß zunächst, die auf eine Katastrophe anzuweisen. Schon heute die Regierung anzuweisen, mit dem ganzen heutigen Einkommen radikal zu brechen. Es heißt dann weiter: „Aber alle zu vor dem Herbst vor. Denn ein paar Dutzend Fälle von Skorbut sind nicht an sich wichtig, sondern stellen sich Symptome für ernste augenblickliche und noch schwerere zukünftige Erkrankungen der Volksernährung. Das alte Wort von Bismarck aus dem Jahre 1849 ist allen Kerzen geläufig, aber es ist weniger für die, als für die Politiker geläufig: Epidemien gleichen Armutskrisen, an denen der Staatsmann leiden kann, daß in dem Glimmerhauch seines Volkes eine Epidemie eintritt, die selbst eine soziale Politik nicht länger überleben darf.“

Wir haben diesen Worten nichts anzufügen. Möge die Regierung sich warnen lassen.

Die beiden Deutschland!

Von Ignaz Wrobel

Wir stehen an des Ixones Stufen
und halten stets in Treue fest;
allzeit bereit, furra zu rufen,
wenn sich das Irrende machen läßt —!

Der große Schnitt, der durch dieses Land geht, läuft nicht durch die Parteien. Die Parteien sind ja nur der Ausdruck von zugrunde liegenden wirtschaftlichen und geistigen Verfassungen. Der Schnitt, die große Trennungslinie läuft vielmehr durch alle: auch durch die Massen der Unpolitischen, der Mittelbürger, derer, die gar keiner Partei angehören, durch die Massen der Frauen und Kinder, soweit sie denken können — durch alle.

Es gibt zwei Deutschland. Nicht: ein weißes und ein schwarzes — ein rosenrotes und ein tiefdunkles. Sondern: ein zurückgebliebenes, minderwertiges — und ein entwicklungsfähiges, ein zukunftsreiches.

Und so sehen diese beiden Deutschland aus:

Auf der einen Seite steht der größte Teil der herrschenden Klasse und ein erheblicher Teil des Bürgertums und noch mehr des Klein-Bürgertums. Die sittliche Beschaffenheit dieser Kreise ist im heutigen Deutschland geradezu erschreckend. Nicht, als ob sie jene große sittliche Verworfenheit des alten Rom hätten — Gott bewahre. Es sind fast alles Spießer — kleine Naturen, denen das Geld und die Geltung am höchsten stehen — denen die innere Gestaltung nichts und die äußere Form alles ist. Allen gemeinsam ist der unbeeinträchtigte Glaube an die rohe Gewalt. „Die Kerle müßten an die Wand gestellt wern!“ — das ist so das Rezept, nach dem die soziale Frage gelöst wird. Sie haben ferner fast alle die Ueberzeugung, daß der gut gebadete Mensch auch der bessere Mensch überhaupt ist. (Obgleich die Körperpflege des deutschen Durchschnittsbürgers noch sehr zu wünschen übrig läßt.) „Arm“ und „schlecht“ — das sind für sie dieselben Begriffe.

Denn dies ist das Kennzeichen der Zeit nach dem Kriege: das gesamte Bürgertum besetzt ein Paß gegen das Proletariat, von dem man sich früher keine Vorstellung gemacht hat. Der alte Klassenstolz ist umgeschlagen in eine Weisklut von Haß, Ekel und Verachtung gegen alle, die nicht derselben ökonomischen Schicht angehören. Denn zum ersten Mal in den letzten Jahrzehnten fühlen sich diese Unternehmer in ihrem heiligsten Recht bedroht: in dem der Ausbeutung. Und zwar bedroht nicht nur durch die Forderungen der von der Forderung gepeinigten Arbeiterschaft — sondern vor allem grundsätzlich bedroht. Das Volk glaubt nicht mehr an die Bibel — und es glaubt nicht mehr an die Gottgewolltheit des Unternehmerprofits.

Die Gefühlshöhe dieser Schicht ist gar nicht zu überbieten. Man muß hören, wie heute noch in aufstrebenden Bürgergesellschaften über die tote Rosa Luxemburg gesprochen wird — über Eisner — über Liebknecht — die Freunde, daß diese Menschen ermordet worden sind, wird gar nicht verhehlt. „Gott sei dank!“

Und das Allertragischste scheint nur zu sein, daß wir im Bürgertum so gut wie keine oppositionelle Jugend haben. Es ist wohl das erste Mal in der Geschichte, daß der junge Nachwuchs eines ganzen Landes, soweit er in diesen Kreisen aufgewachsen ist, nicht den Himmel stürmen will, sondern für „Ruhe und Ordnung“ ist. Ruhe und Ordnung? — Es ist jene Ordnung, die durch schöne schmiedeeiserne Gitter den Hungernden, der auf der Landstraße verreckt, von dem gemühtlich fröhlich lachenden hinter dem Gitter trennt. Und nicht diese Gitter nicht, sie haben auch noch ein anderes.

Es gibt auch dort Ausnahmen. Das ungeheure Mikrowesen, das die Arbeiterklasse der zu ihr hinströmenden Intelligenz entgegensetzt, ist verständlich. Aber es gibt doch schon eine ganze Reihe Studenten, Lehrer, Akademiker aller Art, die wirklich aus dem herauswollen, wohinein sie geboren worden sind — und die mit ganzem Herzen drüber stehen. Trotz des Stehfragens. Man sollte sie nicht zurückstoßen.

Auf der anderen Seite steht das Proletariat. Heute nicht geeint, sondern zerklüftet. Mit dem schlimmsten Feind in sich selber; dem Haß, es den Kleinbürger zu gleichen und große so zu werden wie sie. (Man braucht auf diesem Gebiete einen Teil der Kleinrentner, mit denen wohl schon jeder Klassenbewußte Arbeiter seine Erfahrungen gemacht hat.) Hier ist wirklich eine Gefahr, die zu bekämpfen ist.

Ich habe immer wieder und wieder grade in diesem Deutschland, grade unter diesen erbärmlichen Lebensumständen, in diesen mit Menschen vollgepackten Stuben, in diesen Tuberkulosehöfen so viel Herzengüte gefunden, so viel Idealismus, so viel Herzenskraft, daß die Phrase, „die Revolution ist nur eine Lohnbewegung, doch wohl fast eisen muß. Ertaunlich und aller Achtung wert ist es, daß der Arbeiter nach seinem Achtstundentag, den sie ihm jetzt auch noch entziehen wollen, überhaupt noch Zeit und Kraft aufbringt, sich um geistige Dinge zu kümmern.

Auf der andern Seite steht das harte Monopel. (Es gibt auch solche ohne die Glasherbe.) Diese Durchdringungheit von sich selbst, diese Herzenslosigkeit, dieser Phantasiemangel, sich in die Lage seiner Volksgenossen zu versetzen — das ist beispiellos. Und ganz und gar wilhelminisch.

Mit Sentimentalität und Berufung auf die „edeln Seiten im Menschen“ kommen wir dem nicht bei. Das ist vorüber. Nach ehernen Gesetzen rollt das ab — und was hier not tut, das ist: Kampf — Kampf und härteste Energie und unablässige Mühe!

Auf der andern Seite, im andern Deutschland, steht der Unteroffizier, der Major, der vieredige Schädel einer kassubisch-mendischen Mischrasse, die alle schlechten und keine guten Eigenschaften der Stammväter aufweist.

Unser Deutschland hat in den Hauptsache nur einen Freund, unsere Republik hat fast nur den einen: den Arbeiter.

Verhaftung der Scheidemann-Attentäter

(W.B.) Deutchen (Oberschlesien), 4. August. In Klein-Althammer bei Gleiwitz wurden die beiden Scheidemann-Attentäter festgenommen. Sie hatten sich unter den Namen Burm und Galber in Klein-Althammer aufgehalten. Die Berliner Kriminalpolizei hatte die Spur bis nach dort verfolgt und erzwang nach Umstellung des Dorfes mit Schupo und Landjägern die Festnahme der beiden Attentäter. Während der angebliche Burm sofort verhaftet wurde, gelang es dem anderen Verbrecher in seine Wohnung zu entkommen. Er wurde dort von den verfolgenden Beamten gefasst und gleichfalls verhaftet. Die Attentäter sind unter sicherer Bedeckung nach Berlin gebracht worden.

Ueber die Verhaftung der Scheidemann-Attentäter erfahren die B. P. N. an ausländischer Stelle folgende Einzelheiten: Bei den umfassenden Ermittlungen der Berliner politischen und Kriminalpolizei nach dem Mord an Rathenau und dem Attentat auf Maximilian Harden wurden Hausdurchsuchungen an all den Orten vorgenommen, die als Sitze der Organisation C in Betracht kamen, darunter auch in Elberfeld. Dort trug die Nachforschung auf zwei angebliche Kaufleute Karl Dellwäcker aus Reichenbach in Hessen und Hans Hübert aus Elberfeld, die beide offenbar fanatische Rechtsextremisten waren und früher der Brigade Ehrhardt angehört hatten. Seit einiger Zeit waren sie aus Elberfeld in auffälliger Weise verschwunden und hatten sich dem ober-schlesischen Selbstschutz angeschlossen. Die Berliner Polizei stellte weiter fest, daß sich diese beiden Personen zur Zeit des Anschlages auf Scheidemann in Kassel aufgehalten hätten. Sie hatten dort in dem Pensionat einer Frau v. Schlieben gewohnt und sich als Papierhändler ausgegeben, aber keinerlei Geschäft gemacht, sondern nur auf großem Fuße gelebt. Besonders auffällig war, daß sie sich aus Kassel einige Tage vor dem Attentat abgemeldet hatten, aber noch nach dem Attentat dort geblieben waren. Die Berliner Polizei hat sich auch Bilder von den Verdächtigen verschafft und sie Scheidemann vorgelegt, der aber die Täter nicht erkannte und auch kaum glaubt, daß er überhaupt in der Lage sein würde, den Attentäter zu rekonstruieren. Ein anderer Zeuge glaubt hingegen mit Sicherheit in Hübert den Mann wiederzuerkennen, der das Attentat ausgeführt hat.

Diese Beobachtungen und Ermittlungen hat die Berliner Polizei dem Oberstaatsanwalt in Kassel mitgeteilt, dem diese Spur vollkommen neu war und der ihr anfangs sehr zweifelnd gegenüberstand. Die Berliner Polizei hat auch als wahrscheinlich mitgeteilt, daß die Täter fast jetzt wieder in Oberschlesien aufhalten würden. Die weitere Verfolgung lag dann in den Händen der Oberstaatsanwaltschaft in Kassel, deren Beauftragter jetzt die Festnahme der Verdächtigen angeht zu sein scheint. Daß die Verhafteten nach Berlin gebracht werden, ist offenbar eine Fraktionierung; es kommt lediglich ihre Ueberführung nach Kassel in Frage.

Eine Wendung im Moskauer Prozeß?

Während die Ankläger mit den schärfsten Ausfällen gegen die Angeklagten nicht sparen und unverblümt die härtesten Zumutungen an das Tribunal stellen, schlägt die Aktion gegen die Todesstrafe immer weitere Kreise. Nachdem bereits vor einer Woche die Berliner „Rafanum“ der Sowjetregierung als besten Ausweg die Ausweisung der Angeklagten ins Ausland anempfahlen hatte, legen sich nun in Frankreich, wohl angelehnt der zahlreichen Proteste der französischen Arbeiterorganisationen für ein mildes Urteil auch der Kommunist Barbusse und die Begründerin des französischen Kommunismus Frau Feyerin ins Zeug. Barbusse behauptet, das angeht dieses Moskauer Prozeß der Versuch gemacht werden muß, das Leben der Angeklagten zu retten. Wenn es überhaupt ein Mittel gibt, die Befreiung vom Tode zu retten, so müsse alles dafür geschehen. Barbusse glaubt, daß man den Angeklagten das Leben lassen müsse, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß Großmut und Barmherzigkeit die Brüder der kommunistischen Justiz sind. Es sei notwendig, die künftigen und brutalen Repressivregeln durch einen Akt zu erweisen, der das Leben der Sozialrevolutionäre verleihe. Er hofft, daß seine russischen Freunde seinen Ausführungen die nötige Aufmerksamkeit schenken würden, dadurch einen solchen Akt der Sache der Sowjetregierung mehr gedient wäre, als durch Todesstrafen.

Frau Feyerin erinnert daran, daß sie stets gegen die Todesstrafe gewesen sei, und daß das auch den russischen Kommunisten, die früher in Frankreich gelebt haben, bekannt sein müßte. Sie rethorisiert ihr Schweigen, während Roman Rolland, Maxime Gorki und Anzolei France und andere mehr ihre Stimme zum Prozeß erhoben hätten, dadurch, daß nach ihrer Auffassung die Todesstrafe von vornherein ausgeschlossen sei. Deshalb fürchtet sie auch nicht für das Leben der Angeklagten, für den Fall, daß sie verurteilt werden sollten.

Diese Auslassungen einflussreicher französischer Kommunisten in den Spalten ihres führenden Organs, der „Humanité“ im Augenblick, wo die ganze Kulturwelt durch den Verlauf des Moskauer Prozesses mit den berechtigten Befürchtungen erfüllt ist, können nur mit Genugtuung konstatiert werden. Die viel Energie, Kräfteaufwand, wieviel Haß unter Brüdern hätte erspart werden können, wenn diese Worte früher gefallen wären, und der Versuch gemacht worden wäre, die russische Regierung, das Tribunal, die Presse, zu bestimmen, alles das zu unterlassen, was mit Recht das Schlimmste befürchtet ist.

Bieten die Worte der französischen Kommunisten heute noch wirkliche Gewähr für das Leben der Angeklagten. Gibt nicht im Tribunal neben Krilenko der französische Kommunist Saboul? Die Ereignisse in Moskau, die Salbung der „Roten Bahnen“ im Gegensatz zu ihrem Bruderorgan, der „Humanité“ das Verhalten von Klara Zetkin im Gegensatz zu Frau Feyerin gekannt nicht, alle Zweifel von sich zu weisen. Erst in dem Augenblick, wo das Tribunal, wo der allgemeine russische Volksgewalt das befreiende Wort gesprochen haben werden, wird man beruhigt den Kampf um das Leben der Angeklagten einstellen dürfen.

Bis dahin heißt es jedoch nach wie vor: Wachsam die Fronde der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit beschützen! Nur so können vielleicht noch die Brücken zwischen den feindlichen Lagern, die fast brechen, aufrecht erhalten werden.

Englands Bedingungen für das deutsche Moratorium

(E.) Temps, 5. August. Wie der „Temps“ meldet, werden für den von Deutschland erbetenen Zahlungsausschuss engländerseits folgende Bedingungen in Erwägung gezogen: Die Reparationszahlungen in Geld sollen bis zum Ende des Jahres 1923 vollständig suspendiert werden. Für dies Zugeständnis soll Deutschland keinerlei Bedingungen gestellt werden. Die Alliierten sollen sich bis jetzt über die in den Jahren 1923 und 1924 zu fordernden Zahlungen verständigen. Diese Zahlungen sollen aber einschließlich der Sachleistungen nur ein Drittel der Jahreszahlungen umfassen, wie sie durch das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 festgesetzt wurden. Die Alliierten werden Deutschland für die Jahre 1923 u. 1924 gewisse Bedingungen auferlegen wie die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt usw. Es soll der Wunsch der englischen Regierung gewesen sein, diese verschiedenen Vorschläge von der Reparationskommission zu prüfen und vielleicht auch zur Annahme bringen zu lassen, und zwar noch vor dem Zusammentritt der alliierten Regierungen in London. Da sich dieser Wunsch aber nicht mehr verwirklichen ließ, ist es im Augenblick wahrscheinlich, daß die vorgeschlagenen Vorschläge bei der Beratung am Montag durch Lloyd George unterbreitet werden.

Reynes Reparationsvorschläge

(E.) London, 5. August. Reynes hielt gestern vor einer Versammlung der Liberalen Partei in London eine Rede, worin er als Reparationsprogramm der Liberalen Partei folgende Forderungen aufstellte: 1. Unverzügliche Gewährung eines Moratoriums, 2. Einberufung einer großen internationalen Konferenz, die sich mit den Kriegsschulden beschäftigen würde, 3. Verzicht darauf, von Deutschland die Bezahlung der Pensionen zu fordern, 4. Räumung des Rheinlandes.

Die Stimme des französischen Proletariats

* Paris, 5. August. Der französische Sozialistenführer und Abgeordnete Leon Blum schreibt unter der Ueberschrift: „Unabhängiges Land“, im „Populaire“: Ist, wie man gekostet hat, die Rede davon, aus Elsass-Lothringen die hunderttausend Deutschen auszuweisen, denen man gestattet hätte, dort zu wohnen, und die von einem Tag zum andern ihre Naturalisation erwarteten? Dementselbst aus Straßburg haben das widerrufen, aber das Dementi befaßt nicht viel. Sicher ist, daß das ganze Elsass, das ganze französische Elsass, schon im voraus gegen diesen unbedeutenden Plan Protest erhebt. Leon Blum schreibt weiter, die Deutschen von Elsass-Lothringen seien mit dem gesamten Wirtschaftsleben des Landes verbunden. Ihre Ausweisung und die Exekution ihrer Güter würde schlimmer als eine Unruhe, fast wie ein Defizit (Unabhängigkeit) wirken, und es würden dann nicht mehr viel Dummheiten, die man dort begehen könnte, übrig bleiben.

Sei es auch, wie man dieses Mal ohne Dementi angekündigt habe, wahr, daß die deutschen Guthaben und Kredite und die deutschen Vermögensstücke im besetzten Gebiet, ja selbst in Frankreich, beschlagnahmt werden sollten? Bei dem Gedanken dieser Brutalität bäume man sich auf, indem man denke, diese Beschlagnahme, die gegen jedes moderne Recht sei, nicht einmal dazu bestimmt sei, die geforderte Reparationsforderung zu decken.

Ueber die Bilanz der poincaristischen Methoden sagt Blum am Schluß seines Artikels, Poincaré werde nicht einen Pfifferling von der Forderung an Deutschland einzulösen, dagegen werde er es dahin bringen, daß die französischen Schulden an England und Amerika fällig würden, und diese Lage werde andauern und von Stunde zu Stunde schlimmer werden.

Nach dem italienischen Generalkrieg

(E.) Mailand, 5. August. Der Generalkrieg hat in vielen Städten Italiens einen blutigen Abbruch gefunden. In Mailand gab es am Freitag 15 Tote, viele Schwerverletzte und 80 Leichtverletzte, fast alles Sozialisten. Bei dem Sturm auf das Verlaandgebäude des „Avanti“ riefen die Faschisten auf lebhaften Widerstand von Seiten der Volkshäufigkeit, die sich im Gebäude verschanzt hatten. Außerdem wurde aus den umliegenden Häusern auf die Faschisten geschossen, von denen zwei getötet und zahlreich verletzt wurden. Ein fünfständiger Kampf wickelte sich vor dem Gebäude eines Sozialistenkubs ab. Hier wurde ein Faschist und zwei Kommunisten getötet. Aus Ancona werden acht Tote und viele Verletzte gemeldet. In zwei Orten in Liguria gab es vier Tote und 28 Verletzte. Ernst ist die Lage auch in Parma, wo die Kommunisten Barrikaden errichteten und wo bis jetzt drei Menschenleben zu beklagen sind. In Ravenna haben die Faschisten das Rathaus zerstört. Acht Personen wurden getötet und 24 verletzt. In Florenz, Triest und Turin kam es ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen.

(E.) Mailand, 5. August. In Parma dauert der Streik fort. In den Volksvierteln waren die Sozialisten Schanzengräben auf und bauten Barrikaden, um sich vor den Einfällen der Faschisten zu schützen. Die Sozialisten durchzogen abteilungsweise die Straßen der Stadt. Die Druckerei der sozialistischen Zeitung „Secolo“ wurde zerstört. Wegen des Grades der Lage hat der Präfekt die Stadt den Militärbehörden übergeben. Bei den Zwischenfällen gab es zwei Tote und vier Verletzte.

5000 Menschen von einem Taifun vernichtet

(E.) Sontana, 5. August. Nach einem Hurteergrimm des Dampfers „Avalina“ schätzte man die Zahl der Einwohner, die durch den letzten genannten Taifun in der Gegend von Sontana ihr Leben verloren haben, auf 5000.

Deutsche Lokomotiven in Rußland. Ende Juli ist in dem Petersburger Hafen „Kavrin“ einlaufen, der 11 in deutschen Fabriken hergestellte Lokomotiven nach Petersburg gebracht hat. In nächster Zeit werden in Petersburg eine weitere größere Anzahl von Lokomotiven aus Deutschland erwartet.

1 Dollar = 800 Mark

Zähne 30 u. 35 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 60 Mk. an.
Spez. Zahns ohne Gummion. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Halvani, Dank der Straße 1 (Hochbahnstation).
In der letzten 3 Jahre über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Der Wunderdoktor Stegerwald

Von Gerhart Seger-Planen.

Der ehemalige preussische Ministerpräsident Adam Stegerwald hat einen seiner Vorträge, in denen er über Gott und die Welt redet, als Broschüre unter dem Titel „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ herausgegeben. Das die politischen Fragen dieser Materie betrifft, so fasst sich Herr Stegerwald als ein Bismarck in Behelfsformel; er stellt zum Beweise seiner überragenden staatsmännlichen Voraussicht selbst fest: „Ich bin der letzte Überzeugungsman, wäre man meinem Mahnruf von Göttern in Bezug auf die politischen Parteien besser gefolgt, dann wären wir in den letzten zwei Jahren an manchen durch die Entente uns auferlegten Demütigungen vorbeigekommen.“

Dass die wirtschaftlichen Fragen angeht, so stellt sich Herr Adam Stegerwald als Wunderdoktor vor; er weiß über alles Nat. Vor allem aber räunert er mit der „marxistischen Doktrin“ auf, die in der deutschen Arbeiterschaft, „in gedanklicher Hinsicht die größten Verheerungen angerichtet“ und „die Atmosphäre zwischen Kapital und Arbeit von vornherein vergiftet“ habe. Das mögen einige Beispiele aus der Schrift zeigen:

Nachdem er in der Einleitung ein wenig Geschichts-Attierung getrieben hat, schildert Stegerwald die Tatsache des Zusammenbruchs. Das Entscheidende ist für ihn, daß die Staatsführung „keinen kleinen Kreis von Adels- und Beamtenfamilien“ vorbehalten war, während dazu „die breiten Volksschichten nicht ausreichend herangezogen“ wurden.

Herr Stegerwald will nun den politischen Wiederaufbau auf verschiedene Weise betreiben. Zuerst müsse die Widerstandskraft des deutschen Volkes noch Kräfte geholt werden. Das gehe zwar „nicht mit Säbelkasseln“, jedoch dürfe „unser Volk nicht dauernd mit Schicksalsgeduld alles ruhig hinnehmen, was die Entente ihm zuzieht... das deutsche Volk müsse sich wie ein Mann dagegen wehren, doch es unter fremdländische, insbesondere französische Sklavenherrschaft gebracht werden soll.“ Wie das geschehen soll, darüber schwärmt der Wunderdoktor Höflichkeit; die obere Schicht von der „Verhüllung einer gefährlichen Front im Innern gegen die uns zugedachten Sklavenschaften“ sagt deshalb nichts, weil die Kampfmittel dieser geschlossenen Front nicht anagebracht werden. Schließlich läuft die ganze Sache auf das Rezept hinaus: „Kampf gegen die Schuldfrage“ als der Grundlage des Versailler Vertrages. Ist Herr Adam Stegerwald wirklich so naiv, zu glauben, daß die moralische Grundlage des Versailler Vertrages revidiert wird? Es wird für Deutschland viel wichtiger sein, daß fortgesetzt wird, was schon begonnen ist: die Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles.

Innenpolitisch stehen wir ebenfalls vor einem Trümmerhaufen. Die Fundamente und Säulen des alten Staates sind zusammengebrochen oder erschüttert. Wir müssen wieder aufbauen.“ Wie das? „Was wir aber ändern können und müssen, ist die politische Denkweise, die politische Gesinnung des deutschen Volkes. Es muß ein staatsbeherrschendes, staatsfreundliches Verhältnis bei den allerbreitesten Schichten herbeizuführen versucht werden.“ Wie das? Durch die große Koalition!!

Herr Adam Stegerwald behauptet, um das Wachsen der Stimmung für die große Koalition zu „beweisen“: „In der Zwischenzeit haben wir dann auch sehen können, wie in Strauß und Co. sogar die Unabhängige Sozialdemokratie sich mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalition einlassen hat.“ Das das nie geschehen ist, weiß jeder, der die tatsächlichen Vorgänge beobachtet hat: Herr Wunderdoktor Stegerwald sieht aber, um seiner fertigen Rezepte willen, nur die Verhältnisse, die er sich für seine politischen Quackalbereien wünscht. In diesem Zusammenhang sei als Illustration für die Glaubenskraft dieses Menschen erwähnt, daß er allen Ernstes glauben machen will, durch einige von ihm im April 1921 aufgestellten Forderungen, die die Sozialdemokratie dann gegen ihren Willen erfüllen müßte, sei er der „Beweiser der Mehrheitssozialdemokratie“ geworden, das habe ihm ein Blatt der „Kom-

munisten“ bestätigt. Der zweifelt nun noch an dem über-ragenden politischen Genie Stegerwalds?

Der Wunderdoktor behauptet auch, daß das alte Regime seine Sünden gar nicht hätte begreifen können, wenn auf dem Dresdner sozialdemokratischen Parteitag 1908 die Revisionisten gestimmt hätten! Dann hätte die Sozialdemokratie nicht die sozialdemokratische Rolle eines Todfeindes der bürgerlichen Gesellschaft gespielt, und dann hätte die alte obrigkeitstaatliche Reaktion gar nicht die Politik machen können, die die Sozialdemokratie gegenwärtig den Rechtsparteien händig entgegenhält, und die zum Zusammenbruch geführt hat.“ Die Sozialdemokratie für den Jahrzehnte langen, wahrhaftig nicht erst nach 1908 begonnenen Imperialismus und Militarismus, für Hungerreize und Keddentismus verantwortlich zu machen, ist kindisch.

Um aber die „so beschaffte Sozialdemokratie“ (sind ich nicht eher Herr Stegerwald „so beschaffte“ zu sein!) vor einem zweiten Sündenfall wie 1908 zu bewahren, soll sie mit in die große Koalition. Diese hübsche Gemeinlichkeit soll nach Stegerwald von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen reichen! Und bis du nicht willst, so brauch ich Gewalt: „Für den Augenblick ist eine Koalition, so breit wie nur irgend möglich, nicht bloß anzustreben, sondern erforderlichenfalls zu erzwingen.“ Wie, das verrät Stegerwald nicht, und das ist sehr schade; es wäre doch sehr nett, zu erfahren, wie so ein kleines bißchen christlicher Terror aussieht. Nachdem Herr Stegerwald dann Feuer und Wasser in einer Koalition — „erforderlichenfalls durch Zwang“ — vereinigt hat, spaltet er diese Koalition im zweiten Teile des Rezeptes, das „über den Ton hinaus“ alt, wieder auseinander. Die eine Hälfte umfaßt Katholiken und Protestanten, die sich zu gemeinsamem politischen Kampfe gegen die andere Hälfte, den — „gemeinsamen Feind“ die materialistische (les: sozialistische), jede staatliche Gemeinlichkeit zerstörende Weltanschauung und Politik“ zusammenschließen sollen. Nachdem er gegen die Sozialdemokratie die schwersten Vorwürfe gemacht hat, daß sie sich als Feind des Bürgertums und des Staates gefühlt habe, sie dann mit vieler Koalitionsschöbia geredet und mit lebend geöffneten Armen in die Reihen derer, die zur „positiven Mitarbeit“ und „Staatsführung“ berufen sind, aufgenommen hat — führt er sie selbst in die Stellung des Feindes zurück.

Dass nach den gegebenen politischen Proben die ökonomischen Rezepte wahrhaft acanuerregend naiv sind, wird niemand wundernehmen. Erst redet Stegerwald wie Knüttelung gegen alle: gegen die Landwirtschaft, gegen das Kapital, gegen die „geheimen“ (?) Hochfinanz, gegen die Arbeiterschaft, um ihnen nachher mit seinen Rezepten Wohlstand zu können. Er ist gleichzeitig für und gegen das Streikrecht der Beamten; er teilt sie in Scheitungsbeamte (Verwaltungsbeamte, Richter usw.) und wirtschaftliche Beamte (Eisenbahner usw.); die ersten dürfen nicht streiken, die andern dürfen es eigentlich, aber Stegerwald redet ihnen an, sie sollen's doch lassen. Damit ist das unangenehme Problem aus der Welt ge — redet. Vor allem aber müssen die Arbeiter mit ihren marxistischen „Irrungen“ „radikal aufzuräumen“. Der marxistische Sozialismus hat der deutschen Arbeiterschaft eingeeredet, daß der Klassenkampf die Voraussetzung und das Mittel zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen sei. Das ist falsch! Schrumm. Gibt es einen bündigeren Beweis?

Aber Herr Stegerwald setzt weiter an die Stelle von Argumenten Unterstellungen. „Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, womit die Sozialdemokratie den deutschen Arbeitern die Nase verdreht hat (1), ist nicht das Allheilmittel. Die Arbeiter und Angestellten bei Eisenbahn und Post haben sich in der Vergangenheit im allgemeinen bestimmt nicht so wohlgeföhlt, als ihre Kollegen in den Privatbetrieben.“ Damit glaubt Stegerwald den Sozialismus zu widerlegen, indem er Vergesellschaftung der Produktionsmittel und preussisch-deutschen Bürokratismus oder militärisch organisierte Staatsbetriebe eines halb ab-solutistischen Staates einander gleichsetzt! Die Wirtschaftsform muß nach bestimmten Grundsätzen ausgebaut werden, die Gegenstände der vergangenen Zeit unumwandelbar machen! Donnerwetter! Und wer erfundet diese fabelhaften „Be-

stimmten Grundsätze?“ Herr Adam Stegerwald. Sie sind aber auch darnach: „Die Wirtschaftsverfassung hat auszu-gesetzt von dem Prinzip der Selbstverwaltung.“ Dann muß das partielle Zusammenwirken zwischen Arbeit und Kapital weiter gepflegt werden.“ Schließlich muß das gewerbliche Schlichtungswesen weiter ausgebaut werden. Weiter muß der Klassenkampfgedanke in der deutschen Wirtschaftsbewegung zugunsten des Berufsgedankens zurückge-drängt werden.“ Da das noch nicht langt, geht Adam Stegerwald auf die Suche nach dem geistigen Eigentum anderer Leute, um es in ein eigenes Rezept umzufalschen: „Es muß vielmehr der Gedanke der Selbsthilfe in Arbeiterkreisen durch Errichtung von Eigenunternehmungen mit allem Nachdruck gepflegt werden.“

Zum Schluss kommen noch zwei hübsche Sachen. Eine furchtbare Drohung, wenn das deutsche Volk den segnens-reichen Staatsmann Stegerwald nicht anerkennen sollte: „Findet diese innerpolitische Fundamentierung nicht statt, so kann das deutsche Volk auch niemals dauernd eine füh-rende Stellung in der Welt einnehmen.“ Da habt ihr's!

Zum anderen erklärt Adam Stegerwald, daß es im Weien der Weltanschauung liegt, wenn er „in all diesen Geschweiften der letzten Jahre auch das Wirken der Vor-sehung zu erkennen glaube.“ Herr Adam Stegerwald sollte die Deffenlichkeit mit seinen politischen Quackalbereien verschonen.

Nicht beiseite treten, sondern arbeiten!

Unter Mannheimer Bruderblatt „Erbäne“ gibt die Aus-führungen des Genossen Robert D i g m a n n auf der Konfe-renz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in Hagen in Weisheit wieder und schreibt dazu:

„Genosse D i g m a n n hat vollständig unsere Meinung ausgedröhren. Wir sind Gegner von Arbeits-gemeinschaft und Koalition und werden es auch bleiben. Wir werden deshalb weder zu den Kommunisten flühen, noch als parteilose Sozialisten beiseite stehen. Politische Untüchtigkeit ist selbes Sich-gehen-Lassen und kein Klassenkampf. Unrech-tlichkeit wäre es, mit geschlossenen Augen etwa mit der Kom-munistischen Partei zu gehen, deren „Führer“ auf Moskau's Befehl der deutschen Arbeiterbewegung skrupellos namen-losen Schaden zugefügt haben und infolge ihrer Untüchtigkeit und Unaufrichtigkeit auch künftig zufügen werden. Wir werden als die Sozialisten, die wir heute sind, in die Reihen der Massenpartei treten. Wir können dabei Holz denen in die Augen sehen, die mit ungläublicher Hinterhältigkeit die Einheitsfront sabotieren in der trügerischen Hoffnung, dabei für ihr Partei-ierd Hader in die Arrippe zu bekommen. Höher als die Partei, der wir mit heiligem Eifer dienen bis zur letzten Stunde, steht uns die Stoppkraft der großen Arbeiterfront. Für sie werden wir zu arbeiten haben, in Zukunft mehr, denn je! Aber nicht Sabotage der Arbeitsfähigkeit der ge-einten Partei — nach Moskauer Methode — sondern Be-wusstsein, zielbewusstes, brüderliches Wirken auf scharfe Aus-prägung des Klassencharakters wird unsere Aufgabe sein. Ein Schwächling, der sich diese Arbeit nicht anraut und des-halb lieber zum Hausen derer geht, die sich mit dem Schimpfen begnügen.“

Auch Königsberg für die Einheitsfront!

Die Funktionärversammlung unserer Königsberger Partei-organisation nahm nach einem Referat des Genossen M e r-t i n s gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Die Funktionärversammlung der U.S.V. Königsberg be-zwängelt die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Reichsorganisationen und der zentralen Verbände in der Richtung der Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Klassenkampfpartei. Will die Arbeiterschaft dem Anruf der Koalition nachgehen, so ist hierzu die organisatorische Ein-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(12. Fortsetzung.)

„Sie tun das Allerhöchste, das Allerbeste an mir, was mir noch je ein Mensch getan hat.“

„Nun war's gut, nun war's heraus.“

Der Krafft wehrte ab.

„Ich tue, was jeder täte, Klar.“

„Nein, mit jeder, bei Gott mit.“

„Nun gut — ich tue meine Pflicht.“

Die Klar ging. Dann kam sie mit großen Schritten zurück und sagte mit ihrer tiefen lauten Stimme, der sie nun gar keinen Zwang anhat:

„Und wenn's gegen Gott und Gebot wäre, ich tät alles für Sie, wenn's sein müßte.“

Der Krafft lächelte. Das hatten ihm schon viele gesagt. Aber die Klar war ein ehrlicher, gerader und derber Mensch — es tat ihm wohl.

„Ich bin zu alt dazu, liebe Klar, es steht mir nicht mehr viel bevor. Aber ich danke für Ihren guten Willen.“

Die Klar war länger gewesen wie gewöhnlich. Der Hof war schon seit einer Weile wieder leer. Nur der Philipp war allein und gottverlassen noch da. Ihm war, als sei er zwischen lauter rohe Eier geiegt. Wo er nur ein wenig nach der Seite greife, da gehen gleich ein paar entzwei. Es gefiel ihm alles so gut, und er hatte doch ein Bangen vor allem. Er wußte sich nicht auszufinden in der Welt. Was er gehabt hatte, das war wie weggeblasen, und das Neue getraute er sich noch nicht in Besitz zu nehmen. Er schwebte zwischen Freude und Bangen — und am liebsten wär er davon-gelassen. Da kam nun seine Mutter.

„Also Philipp, hier geht du jetzt in die Schul. Vernüt, bist ordentlich, pakt auf, verstanden?“

Der hatte von der Mutter führte ihn wieder ein wenig in seine Welt zurück.

„Und sie sparen mit, Herr Lehrer, mit Psul-Gas“ — wandte sie sich an den Krafft und machte eine ent-sprechende Bewegung dabei.

Für den Krafft war die Sache nun abgetan. Er nahm den Buben an der Hand und führte ihn in die Schulhufe.

„Guten Morgen“, wandte er sich zur Mutter. Nun sollte wieder der feste Schritt der Klar durch den stillen

Hof — das Tor schlug zu — drinnen hatte die Schul-arbeit begonnen, die der Jugend schwere Paß und arge's Schicksal ist. Dem Philipp schien's ein fürchterliches Un-geheuer zu sein. Er war schon davon, wie eine junge Taube vorm Habicht.

6

Auf der Straße sah die Klar einmal an sich hinab, ob sie denn auch reputierlich ausgehoben habe, als sie mit dem Alen im Garten auf und ab gegangen war. O ja, es ging. Sie hatte das beste an, was sie besaß, ihr schwarzes Kleid und eine schwarze Schürze draun — ihre Stiefel waren gewiß, und saubere Hände hatte sie auch. In der Schule hatte er früher immer gesagt: auf den Anzug kommt's nicht an, aber sauber und ganz muß man sein. Daran hielt sie. In der Vetterlaute und am Ziegelstich, das war ja etwas anderes — aber wenn's dann galt, wenn's Abend war, oder sie hatte zu anderen Leuten zu gehen, dann sauber und ganz. Schade, daß sie über Prejur nicht sehen konnte. Sie leckte einmal über ihre Hände und rüch sich die Haare links und rechts vom Scheitel glatt, wie wenn sie es so gut machen könnte, wenn vorhin eine Strähne wider-sperzig gewesen und nicht in der Reihe geblieben wäre.

Sie fühlte ein richtiges Attern. Es war Freude. Sie glühte ihr nun heiß ins Gesicht, und sie sprang ihr in die Beine, daß sie mit leichtem, wiegenden Schritten ging. Sie ging nicht in ihrem gewöhnlichen breiten und harten Gang. Und sie wiegte sich in den Hüften. Dann piff sie vor sich hin. Tanzen und pfeifen tat sie für ihr Leben gern. Tanzen konnte sie jetzt nicht, so piff sie.

Und um gleich ihre Arbeit richtig zu machen und ganz fix und fertig, nahm sie den Weg ins Pfarrhaus.

Der Pfarrer Knödterich genos nicht großen Reizekt im Dorf. Er war ein altes Wackweiss, führte ichöne Worte im Munde, aber wenn man einmal richtig was von ihm wollte, dann machte er Ausflüchte. Und dann war er neugierig wie ein kleines Kind. Er mußte allen Leuten die Töpfe abzucken. Manchmal kam er damit an den Unrechten. Dann fragen ihm die reißellosesten Wörter an den Kopf. Auch an tüchtigen Drohungen fehlte es dann nicht. Besonders wenn er allzu nahe an den Weibern herumgekrochen war. Aber trotz mancher üblen Erfahrung — es verlockte ihn immer wieder, seine Nase wo hineinzuwickeln, wo sie nichts zu suchen hatte.

Einmal redete man von einem heillosen hantlerischen Kranksein des Pfarrers Knödterich. Er sollte sich eine arge Erkältung im Schlitzen geholt haben. Man ließ das Gerüde gelten. Es mochte eine Erklärung sein! Ein paar wußten's doch besser. Er war nach allen neuen Wörtern durchgebläut worden. Und dann hatten sie ihn auf einen Schneebanken gefest — damit ihm die Hitze ein bißchen vergehen sollte. Er hatte sich näm-lich ein bißchen zu nahe an einem Beiz zu schmeißen ge-macht, und der Mann war dazu gekommen. Und so war's auch eine arge Erkältung geworden.

Die Klar dachte jetzt gerade an die Weichichte. Sie schmunzelte. Wenn die Hinkel brüutig sind, tunft man sie mit dem Hintern in den Pfuhl. Und sie gönnte dem lähmlichen Knödterich die fröhliche Lektion.

Sie mochte ihn nicht leiden. So schwabbelige Män-ner waren ihr zum Ekel. Aber das war jetzt einerlei. Wenn er nur dem Philipp Vateinstunden geben wollte.

Es fiel ihr ein, daß man sich hinter die Köpfe, das Rügchen, stecken mußte, wenn man etwas von ihm er-reichen wollte. Sie hatte den gelben Hod ganz in der Reucht. Nach ihrer Pleite mußte er tanzen. Denn der Pfarrer hatte neben seinen himmlischen Seligkeiten, die ihm so süß wie Honig von den Lippen flossen, nicht die wohlschmeckenden Irdischkeiten verachtem gelernt, die ihm über die Lippen eingingen.

Aber die Klar hatte alles Hintenherum. Gerade draufzu — und deutlich vor die Kappe hingelagt, was sie wollte. So hielt sie's.

Der Pfarrer Knödterich witterte gleich ein Staudäl-den und schmunzelte schon, als er die Klar sah. Es fiel ihm gleich ein, daß sie ihren Mann aus dem Hause geworfen hatte, und er rieb sich schon begnügelt sein run-des Bäuchlein in Erwartung der Schlafabengeschichten, die er zu hören bekam. Er hing so gleich an, ehe die Klar nur einmal ihr Anliegen vorgebracht hatte.

„Also nun führt es Sie doch zu mir her, Sie wider-spenstiges Schäl. Wozu die Kirche einmal Ihren Segen gegeben, das ist seit und unloslich gebunden auf Erden. Das geht nicht so ohne weiteres, sich die Tür vor der Noie zuzuschlagen und meinen, nun hat man sich den Mann vom Halse geschafft, nun ist's auch der liebe Gott zufrieden und hört nicht die Ruhe des Ge-wissens. Aber was Gott mit seinen Händen einmal ergriffen, das läßt er nicht los, das können ihm Men-schen nicht entreißen.“ (Fortsetzung folgt.)

Weltfront des Klassenbewußten Proletariats eine Lebensnotwendigkeit. Mit der R.P.D. kann es solange keine Verschmelzung geben, solange sie unter Moskauer Direktiven arbeitet und zum Schaden der proletarischen Sache mit den verwerflichsten Mitteln gegen andere proletarische Organisationen vorgeht.

Eine Mitgliederversammlung der SPD. in Königsberg fasste nach einem Referat Lübbrings folgenden Beschlus: „Die Mitgliederversammlung der SPD. Königsberg ist mit der Haltung der Reichsstandsfraktion einverstanden. Sie gibt besonders ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Fraktion durch die von ihr ergriffene Initiative die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit der U.S.P. herbeigeführt hat. Im Einverständnis mit allen ehrlichen Sozialdemokraten erklärt die SPD. Königsberg, daß sie alles tun wird, um die organisatorische Wiedervereinigung beider Parteien zu beschleunigen. Denn nur eine einzige Sozialdemokratie kann die Republik gegen monarchistische Anschläge schützen, wie auch den Weg zum Sozialismus ebnen.“

Los von Moskau.

Der vor einigen Tagen ausgegebene Bericht des Zentralbureaus der sächsischen Sektionen des Nationalitäten-Kommissariats gibt eine Darstellung des Konfliktes zwischen der kommunistischen Internationale und der linken Poale Zion-Gruppe, aus welchem folgendes zu entnehmen ist: Es wurde beschlossen, daß die Vertreter des Zentralbureaus gemeinsam mit Vertretern der Exekutive der kommunistischen Internationale an der allweltlichen Konferenz der linken Poale-Zion teilnehmen sollen, um auf derselben die Verteidigung der Thesen der internationalen Kommunisten in die Hand zu nehmen, sowie ferner für die Liquidierung des Weltverbandes der Poale Zion und für die Loslösung der Poale Zion vom Palästina-Programm und deren Eintritt in die Sektion der kommunistischen Internationale das Wort zu führen. Ungeachtet jedoch der telegraphischen Aufforderung der Vertreter der kommunistischen Internationale, die Konferenz bis zum 11. Juni fortzusetzen, damit es den Vertretern der kommunistischen Internationale und des Zentralbureaus ermöglicht werde, sich an der Konferenz zu beteiligen, haben die Delegierten der Poale Zion ihre Konferenz schon einen Tag früher, am 10. Juni abends, geschlossen, nachdem sie vorher noch die Thesen der kommunistischen Internationale abgelehnt hatten. Als die Vertreter der kommunistischen Internationale und der Exekutive ankamen, fanden sie alle Mitglieder der Konferenz noch versammelt und sie schlugen daher vor, die Konferenz wieder aufzunehmen und die kommunistischen Vertreter anzuhören. Die Poale Zion lehnten dies aber ab. Auf diese Weise ist der Bruch zwischen den Linken, Poale Zion und der kommunistischen Internationale zu einem Faktum geworden. Soweit der Bericht von kommunistischer Seite.

Der Moskauer „Gm e s t“ bringt eine analoge Darstellung, in welcher noch in sehr scharfer Form gegen die Poale-Zion losgezogen und denselben Treulosigkeit vorgeworfen wird.

Ob es wohl nun befolgt wird?

Der preussische Minister des Innern und der Finanzminister haben eine Verfügung erlassen, in der es heißt: Die früheren monarchistischen Hoheitszeichen an der Außenseite sowie im Innern sämtlicher staatlicher und kommunaler Dienstgebäude und Diensträume sowie an allen anderen dem Publikum zugänglichen oder sichtbaren als amtlich gekennzeichneten Stellen (z. B. Vegetafeln, Meilensteinen, Grenzsteinen, Schildern) sind unverzüglich zu entfernen. Ausnahmen hiervon sind nur bei Bauwerken in solchen Fällen zulässig, in denen die Beseitigung der früheren Hoheitszeichen nicht ohne Verletzung ihres besonderen Kunstwertes möglich ist.

Bilder, Büsten, Statuen oder andere Darstellungen des letzten preussischen Königs, seiner Ehefrau, seiner Geschwister und seiner Abkömmlinge sind von sämtlichen in Nr. 1 bezeichneten Stellen zu entfernen. Für die Entfernung von Bildern usw. anderer verordneter Mitglieder des früheren königlichen Hauses verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Auch der Reichspostminister Giesbertz hat für sein Ressort ein Rundschreiben erlassen, in dem aufgefordert wird, auf Posthanschildern, Siegeln und Verschlußmarken, Stempeln, Bordruden usw. die Hoheitszeichen der alten monarchistischen Staatsform zu tilgen.

Derartige Aufforderungen sind oft genug ergangen. Die Hauptsache aber ist, endlich dafür zu sorgen, daß sie auch respektiert werden. Daran hat es bis jetzt gefehlt.

Der deutsche Kohlenbergbau im Juni 1922

Die Juniförderung in Deutsch-Oberschlesien ergab 610 391 To. Nach Zusammenstellung der Förderzahlen der Steinkohlenaruben Deutsch-Oberschlesiens für die einzelnen Monate des Jahres 1921 betrug die Maiförderung 771 837 To. — Ein Vergleich mit der Juniförderung 1921 ist wegen Beeinträchtigung durch den Polenaufruhr nicht möglich. — Die Förderung im Berichtsmonat weist danach gegen Mai 1921 ein Minus von 161 296 To. = 20,9% auf das mit auf die im Juni 1922 erfolgte Grenzdurchführung zurückzuführen ist. Die Produktion an Kohle einschl. Ginder betrug im Berichtsmonat 106 230 To., an Brilleis 9 157 To. und an Nebenprodukten 6 880 To. Die Wagnisstellung ergab eine Reihmenge von 1 009 Wagnen = 8,6% der angeforderten 40 392 Wagnen.

Im gesamten sächsischen Steinkohlenbergbau ergab die Förderung im Juni 1922 mit 314 161 To. eine Minderung um 18% gegen Juni 1921 mit 383 528 To. bzw. 24% gegen Juni 1918 mit 415 348 To. Anfolge der Abwanderung der Bergarbeiter in andere Industrien, namentlich in das Banngewerbe, verminderte sich die Zahl der Belegschaft um 4% (36 883 Mann Juni 1921 gegen 34 888 im Berichtsmonat), in einem Revier sogar bis zu 10%. Die Wagnisstellung ergab eine Reihmenge von 2696 der angeforderten 25 180 Wagnen.

Im Juni 1922 wurden im rheinischen Braunkohlenrevier 2 890 184 To. gegenüber 2 750 028 To. im Juni 1921 und 1 609 500 To. im Juni 1918 gefördert. Mitbin ist die Förderung gegen Juni 1921 um 2,9%, gegen Juni 1918 um 69,5% gestiegen. Im Juni 1922 wurden an Braunkohlenbrilleis 580 424 To., im selben Monat des Vorjahres 682 348 To. herabgesetzt und es erlabt sich gegenüber Juni 1921 ein Rückgang des Produktions um 8,2%. An Wagnen wurden im Be-

richtsmonat 85 826, im Juni 1921 79 483 Wagnen gestellt. Es verbleiberte sich somit die Wagnisstellung um 7,9%.

Der Ehrenobermeister — Betrüger

Vor längerer Zeit wurden der frühere Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer, Ehrenobermeister Rahardt, sein Sohn Erich und zehn weitere Personen unter der Beschuldigung des Betruges verhaftet. Rahardt spielte in früheren Jahren im Holzarbeitergewerbe die Rolle eines der schlimmsten Schwarzmacher, und die Berliner Tischler wissen manches Lied zu singen von den Kämpfen, die dieser Mann unnützlich heraufbeschworen hat. Welch ein Erzhalunke er in Wirklichkeit war, wird jetzt bekannt. Die Anklage gegen ihn und seine Bande lautet auf wiederholter Betrug, Kettenhandel, Freistreibereien, Abgabe falscher eidenschaftlicher Versicherungen, Untreue und ähnliche Delikte. Die Zahl der Fälle ist so groß, daß es unmöglich war, sie in eine Anklage zusammenzuziehen. Es mußten von der Staatsanwaltschaft zehn verschiedene Verfahren angehängt werden. In den beiden ersten dieser Verfahren sind die Ermittlungen so weit gediehen, daß die Anklageschrift fertiggestellt ist. Sie füllt 30 dicke Bände. Circa 20 Sachverständige und 150 Zeugen sollen zu diesen beiden Strafsachen geladen werden. Es ist in Aussicht genommen, im Oktober zu verhandeln. Ob sich das jedoch durchführen läßt, ist noch nicht ganz sicher. Die Erledigung der Rahardtschen Betrugsprozesse wird jedenfalls einige Jahre in Anspruch nehmen und den Staat ein Rieservermögen kosten.

Die Staatsbürger Zeitung als Klantes Nachfolger

„40% Zinsen“ verspricht die „Staatsbürger Zeitung“ allen, die Geld in die „Sparabteilung der Staatsbürger Zeitung“ tun. Wir haben schon einmal auf diese jämmerliche Einrichtung hingewiesen. Es scheint, als wenn es immer noch Leute gibt, die durch die Klante, Köhne und ander. Zeitungskern-Unternehmer nicht furiert wurden. Der aber gibt dem Unternehmer des Herrn Lebius, das „Ich“ des „Spreverlag“ nennt, das Recht zur Annahme von Spargeldern. Die Neuarrangements, zu denen auch die des Herrn Lebius gehört — sie wurde 1918 aus der Taufe gehoben — wurde dies doch aus neuererzeitlichen Gründen ausdrücklich gesetzlich verboten. Und woher nimmt Herr Lebius das Geld zu einer 40-prozentigen Verzinsung? Klante „ab“ bekanntlich noch mehr. Aber mehr noch als er „ab“ nahm er. Nur aus den Einlagen vermochte er die Zinsen zu zahlen und auch dies nur für ein paar Monate. Da die „Staatsbürger Zeitung“ weniger kahlit, wird sie vielleicht ihre „Sparabteilung“ eine Weile länger halten können, als Klante, Köhne und ihresgleichen. Will die Staatsanwaltschaft nicht einmal in die „Sparkasse“ hineinkucken, ehe so und so viele mehr von denen, die nicht alle werden, Herrn Lebius ins Garn gegangen sind?

Das Begnadigungsgesuch der Mörder des Marshall's Wilson ist abgewiesen worden. Die beiden Mörder werden also am 10. August in London hingerichtet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 84-85

Metallarbeiter! und Mitglieder der dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen, soweit sie im B. S. M. I. Betriebe beschäftigt sind.

Durch Beschluß der Funktionärversammlung vom Donnerstag, den 3. August, wurde die Organisation beauftragt, erneut mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller in Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungen, die darauf eingeleitet wurden, zeigten ein negatives Ergebnis. Das Metallkartell hatte den Funktionären in der Versammlung die Annahme des Verhandlungsergebnisses empfohlen. Wir sehen uns nun veranlaßt, die Meinung unserer Kollegen in den Betrieben festzustellen; zu diesem Zweck findet am Montag, den 7. August, in allen Betrieben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller nach den statutarischen Voraussetzungen eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis, welches in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 31, Wochenbeilage vom 5. 8. 22 enthalten ist, statt. Das Resultat der Urabstimmung muß bis Dienstag früh 9 Uhr im Büro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Linienstraße 84/85, Zimmer 14, abgeliefert sein.

Montag, den 7. August, ist Zimmer 14 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Zur besseren Orientierung geben wir nachstehend die Lohnsätze noch einmal wieder:

a) Männliche Arbeiter.

1. Arbeiter über 21 Jahre.

Klasse	Stundenlohn	Affordbass	Stb.-Zuschlag
I.	31.85—33.35	24.45	+ 6.—
II.	31.45—32.65	23.65	+ 5.75
III.	30.45—31.35	22.90	+ 5.50
IV.	30.05—30.65	22.20	+ 5.25
V.	29.55—30.—	21.75	+ 5.—

2. Arbeiter von 18—21 Jahren.

Klasse	Stundenlohn	Affordbass	Stb.-Zuschlag
I.	29.10—30.60	24.45	6.—
II.	28.70—29.90	23.65	5.75
III.	27.70—28.60	22.90	5.50
IV.	27.30—27.90	22.20	5.25
V.	26.80—27.25	21.75	5.—

3. Jugendliche Arbeiter von 14—18 Jahren.

im Alter von	Stundenlohn	Affordbass
14—15 Jahren	M. 14.25	
15—16 „	15.15	
16—17 „	17.15	
17—18 „	19.00	

4. Jugendliche Arbeiterinnen von 14—18 Jahren.

im Alter von	Stundenlohn	Affordbass
14—15 Jahren	M. 13.75	
15—16 „	14.45	
16—17 „	16.—	
17—18 „	18.90	
Stundenlohn	M.	Affordbass
	M.	M.

1. Arbeiterinnen über 21 Jahre.

20.75—21.20	15.55 + 3.65 fester Stb.-Zuschlag
-------------	-----------------------------------

2. Arbeiterinnen von 18—21 Jahren.

20.00—20.45	15.55 + 3.65 fester Stb.-Zuschlag
-------------	-----------------------------------

In der Glühlampen-Industrie beschäftigte Arbeiterinnen:

Gruppe	Stundenlohn	Affordbass
	M.	M.

Arbeiterinnen über 21 Jahre.

I.	20.75—21.20	15.80 + 3.85 fester Stb.-Zuschlag
II.	20.75—21.20	15.55 + 3.65 „ „

2. Arbeiterinnen von 18—21 Jahren.

I.	20.00—20.45	15.80 + 3.85 fester Stb.-Zuschlag
II.	20.00—20.45	15.55 + 3.65 „ „

Die Familienzulagen wurden wie folgt erhöht:
für die Frau M. 1.75
für jedes Kind unter 14 Jahren auf M. 2.25

Die Sätze treten mit dem 31. Juli 1922 in Kraft und gelten bis zum 27. August 1922.

Soll der Zoo geschlossen werden?

Im Zoo

Jeder, der sich in die Lage der Kindheit zurückversetzt, weiß, daß es als etwas Besonderes galt, wenn man mit Eltern und Geschwistern den Zoo besuchen konnte. Schon die ganze Woche freute man sich darauf. Und so wie es früher war, so ist es auch noch heute. In dieser Beziehung ist bei den Kindern keine Wandlung eingetreten. Mehr als hundert Bücher über Tierleben bedeuten ein Besuch des Zoo, ein Beobachten der Tiere in einer Umgebung, die sich in vielerlei Beziehung der Eigenart des Tieres anpaßt. Nach dieser Richtung hin hat der Berliner Zoo Musterstücke geleistet, und zwar derart weitgehend, daß auf einem Zoologie-Kongress ein französischer Delcoierter den Berliner Zoo als das Paradies der Tiere bezeichnete.

Aber nicht nur in dieser Beziehung, dem Tiere die Gefangenschaft durch entsprechende Umgebung und Nahrung zu erleichtern; sondern auch in kulturell-historischer Beziehung zeigt der Zoo manch Sehenswertes an Denkmälern sowohl als auch an Gebäuden, Wandgemälden und Schutzbereichen. Das Elefantenhaus a. B. hat die Form eines indischen Tempels, das Straußenhaus ist in altägyptischer Art gehalten. Aus dem Grün der Anlagen sind schon an und für sich eine Sehenswürdigkeit, leuchtet hier eine Buddha-Statue, dort ein fein gearbeitetes Tempelchen, wie man sie nur auf der Insel Nippon (Japan) sieht.

An künftigen Winkeln und Spielflächen für die Kinder ist der Zoo überhaupt sehr reich. Rutschbänke unter alten, schönen Bäumen laden zur Rast. Von kleinen Leier-Tempeln, gebildet durch grüne Blätterdächer der Bäume und Blattspitzen werden die spielenden Kinder ferngehalten. Nur wie aus weiter Ferne hört man den lauten Pulsschlag der in Haut und Geschicklichkeit fiebernden Großstadt. — Die Kinder des vornehmen Weltens und die der Aktionäre, denen für lächerlich wenig Geld solch herrlicher Aufenthalt im Zoo zur Verfügung steht, sind eigentlich zu beneiden. Heiß heist jedem Arbeiterbesucher der Wunsch auf, könnte doch den Kindern des Proletariats ein gleich schöner, gesünder und sicherer Aufenthalt geboten werden.

Und dann das herrliche Tiermaterial! Trotz des Stahlbades des Krieges, das auch verheerend unter den Bewohnern des Zoo anfaßte, hat, manch wertvolles Tier dem Dunaertode auslieferte, zeigt der Berliner Zoo heute wieder weit über tausend verschiedene Tierarten, anaufangen von dem Wasserfloh bis zum riesigen Elefanten, der würdevoll in seinem Gefängnis auf und abspaziert, 70 Centner wiegt dieses lebende Fossil. Das größere Exemplar der beiden Elefanten hat übrigens eine ziemlich gefährlichen Stochahmentatümbung hinter sich. Einer der Stochsähe war in Eier übergegangen und man befürchtete schon, daß der Riese zu seinen Vätern auf die Dickhäuter-Balkenstraße berufen würde. Die gefährliche Erkrankung ist aber nahezu überwunden. — Es würde für heute zu weit führen, auf sämtliche Tiere, Vögel usw. hinzuweisen. Erwähnen möchte ich noch, daß viele der Wildlinge sich derart eingewöhnt haben, daß sie sich einen Familienstand gründen und Elternfreuden genießen. Neben jungen Löwen klettert zwei postterliche kleine Haren herum, außerdem kann man einen ganzen Bursch junger Wölfe bewundern. — Mit den intelligenten Teneriffa-Schimpanzen hat der Zoo noch die vier Frauen des Sultans und an Darm-Erkrankung erkrankten, das nunmehr in einem Sanatorium abgeheilt wird. Sultan, jetzt unbedeutend, ist recht munter, Stierweid scheint er nicht zu kennen.

Das Aquarium

Ein Besuch des im Jahre 1913 der Öffentlichkeit übergebenen Aquariums ist unbedingt lohnend und lehrreich. Der über 50 Meter lange dreistöckige Bau enthält in seinem unteren Stockwerk das eigentliche Aquarium, gleichmäßig verteilt auf See- und Süßwasserbewohner. Im oberen Stockwerk befindet sich das Terrarium mit den Behältern für Reptilien und Amphibien. Der Mittelraum dieses Stockwerks ist mit tropischen Pflanzen ausgestattet und gleicht einem halbrochenen Urwaldstück. Dort liegen die Krokodile träge auf Sandbänken und Wasserbildkröten schwimmen in Tümpeln. Im dritten Stockwerk befindet sich das Insektarium mit Behältern für Insekten. Die Behälter sind der Lebensweise der Insekten möglichst genau angepaßt. Hier kann man unter anderem auch die Vienen bei ihrer Arbeit im Bienentod durch eine Glaswand hindurch beobachten. Durch die Schaffung des Aquariums wurde der

Zoo erst richtig vervollständigt. Das Aquarium ist geschmückt mit mit fossilen Knochenresten und bildlichen Darstellungen der Vorfahren seiner Bewohner. Am Garteneingang befindet sich ein riesiger Iguanodon.

Die meisten Besucher des Aquariums halten die in den Wasserbehältern aufsteigenden Luftbläschen für Kohlendioxid oder Sauerstoff. Das ist ein Irrtum. Was in den Behältern aufsteigt ist nichts anderes als die durch einen Elektromotor und durch ein Röhrensystem in die Becken gepresste Luft. Der Wasserdruck in den Becken ist außerordentlich hart, so daß etwa 4 Zentimeter starke Glaswände Verwendung finden mußten. Eine solche Aquariumswand wiegt rund 8 Zentner. Für die meisten Reptilien ist eine recht bedeutende Dosis notwendig, so daß die Terrarien des Reptilienhauses das ganze Jahr hindurch hart arbeiten werden müssen. Im Aquarium befinden sich außerdem Arbeitsräume, die unter finanzieller Beihilfe des Kultusministeriums dazu bestimmt sind, Gelehrten Gelegenheit zu geben, an interessanten Tieren Studien zu machen.

Soll der Zoo geschlossen werden?

Die gesamte Berliner Presse brachte vor kurzer Zeit die Nachricht, daß der Zoo aus finanziellen Gründen im Winter geschlossen werden soll. Die bürgerliche Tagespresse behauptet a. Z., wahrscheinlich durch die „einstichtigen“ Aktionäre des Zoo inspiriert, daß die „hohen“ Löhne der Arbeiter daran schuld seien. Diese glatte und böswillige Lüge bricht in sich zusammen, wenn wir auf die Tatsache hinweisen, daß die Wärter usw. des Zoo nach den Sätzen des Staatsarbeiter-Tariffs entlohnt werden. Ein Familienvater mit einem Kind erhält demnach seit Juli einen Stundenlohn von 20 M. Wer eine solche Belohnung als zu hoch erachtet, dem kann man nur empfehlen, es einmal selbst zu versuchen, mit einem solchen Lohnsatz Frau und Kind durchs Leben zu bringen.

Bereits seit 1914 befindet sich der Zoo in Geldkalamitäten. Mit allem Nachdruck stellen wir fest, daß zum guten Teile die Aktionäre daran schuld sind, die auf der einen Seite Opferfreudigkeit vermissen lassen und auf der andern Seite absolut nicht auf ihre Vorrechte im Interesse des Gartens verzichten wollen. Für einen lächerlich geringen Kapitalsatz genießen die Aktionäre und ihre Angehörigen Vorrechte, die absolut in keinem Verhältnis zu dem eingezahlten Kapitalswert stehen.

Dazu kommt noch, daß die Restaurationsbetriebe noch heute zu den Pächtern der Vorkriegszeit an die Hotel-Betriebs-Aktien-Gesellschaft verpachtet sind. Der Pachtzins ist derartig niedrig, daß der Vertrag unbedingt gelöst werden muß, denn schließlich geht über die Riesengewinne der Pächterin, das Interesse, das die Allgemeinheit an dem Zoo als gemeinnütziges und kulturelles Unternehmen hat.

Eine weitere Ursache der Geldkalamität des Zoologischen Gartens ist natürlich in der ungeheuren Steigerung sämtlicher Bedarfsartikel zu suchen. So kostet a. B. die Heizung fast 25 000 Mark im Frieden in diesem Jahre etwa 2800 000 Mark und das Futter für die Tiere ist gestiegen von 121 000 Mark im Jahre 1914 auf 2 150 000 Mark. Den riesigen Ausgaben gegenüber war eine Steigerung der Einnahmen nur um das Geringste möglich. Es ist selbstverständlich, daß das Defizit, das im laufenden Geschäftsjahr 4 Millionen M. erreichen wird, nicht durch eine Steigerung der Eintrittspreise ausgeglichen werden kann.

Um das voraussichtliche Defizit zu beschränken, wird geplant, den Zoo während der Wintermonate zu schließen. Die Tiere sollen zur Ersparnis von Heizung zusammengelegt werden, und außerdem sollen etwa 60 Wärter usw. zur Entlassung kommen. Da sich beim Aquarium durch Schließung keine Ersparnisse erzielen lassen würden, soll es auch während der Wintermonate geöffnet bleiben. Der Plan des Schließens des Zoo während der Wintermonate birgt eine Anzahl Gefahren für den Tierbestand in sich. Nicht zu unterschätzen ist aber auch der Verlust an geschulten Wärtern, der dem Zoo bei einer evtl. Personaleinschränkung erwachsen würde. Doch abgesehen von diesen aus einer Schließung erwachsenden Nachteilen kann es unferes Erachtens unter keinen Umständen angehen, daß eine solche Bildungs- und Kulturstätte in der Hauptstadt der Republik auch nur einen einzigen Tag wegen Geldkalamitäten für das Publikum und für die Schulen geschlossen wird.

Es ist Pflicht der Kommune sowohl als die des Staates und des Reiches, den Zoologischen Garten über seine finanziellen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen und eine Schließung während der Wintermonate zu verhindern. Selbstverständlich ist, daß auch die Aktionäre auf ihre Vorrechte, die gewiß das Unternehmen in finanzieller Hinsicht schädigen, verzichten. Wenn Kommune, Staat und Reich dem Zoo größere Geldmittel zur Verfügung stellen,

dann muß diesen Behörden natürlich auch ein gewisser Einfluß und ein Kontrollrecht eingeräumt werden. In diesem Sinne werden unsere Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung im Land- und Reichstag wirken, damit der Zoo für das Publikum auch die Wintermonate geöffnet bleibt.

Der neue Bahnsteig Warschauer Straße

Die zwischen den beiden Stadtbahnhöfen Schlesischer Bahnhof und Stralau-Rummelsburg gelegene Station Warschauer Straße wird demnächst zu einer Entlastungsstation für den stark überlasteten Bahnhof Stralau-Rummelsburg, auf dem bisher neben den zahlreichen Vorortzügen von und nach Rausdorf, Friedrichshagen-Erkner und Grünau auch noch die Vollringzüge beider Richtungen abgefertigt wurden. Durch einen bereits seit längerer Zeit im Bau befindlichen zweiten Bahnsteig soll der Bahnhof Stralau-Rummelsburg vor allen Dingen dadurch entlastet werden, daß sich ein Teil des Umsteigeverkehrs, der bisher in Stralau-Rummelsburg sich abwickelte, nunmehr auch auf dem Bahnhof Warschauer Straße vor sich gehen kann. Auf diesem Bahnsteig sollen eine Reihe von Zügen enden bzw. beginnen, die bisher als Einbahnzüge von den beiden Ringbahnstrecken kamen und in Stralau-Rummelsburg aus- bzw. eingeführt wurden. Diese Züge werden den Lieberana auf die Stadtbahn in Warschauer Straße erleichtern, als an dem gleichen Bahnsteig auch eine Reihe der Vorortzüge halten sollen. Die Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges wird voraussichtlich noch im Laufe des Jahres erfolgen können.

Die Bezahlung der Ferienpielleiter

Selbstverständlich können die Männer und Frauen, die sich viele Wochen lang, mit Ausnahme des Sonntags, täglich zehn Stunden in den Dienst der Jugendpflege auf den Jugendspielplätzen der Stadt Berlin stellen, diese Arbeit nicht unentgeltlich verrichten. Ebenso mußte die Bezahlung den Verhältnissen angepaßt werden. Nicht etwa jeder Lehrer oder pädagogische Laie ist für solche Arbeit geeignet. Hierzu gehören eine besondere Befähigung und möglichst auch längere Erfahrung. Viele Spielleiter sind schon jahrelang in diesem Sonderfach tätig. Es sind nicht durchweg Lehrer und Lehrerinnen. Diese sind sogar in der Minderzahl, haben aber die verantwortlichen Posten. Mehr als die Hälfte der Spielleiter besteht aus sogenannten Junglehrern, die nicht dem Schuldienst angehören, auch aus Frauen, die in der Jugendpflege praktische Erfahrungen sammelte. Alles untersteht und fügt sich willig dem Spieloberleiter. Für etwa 70 bis 80 Kinder ist ein Spielleiter bestellt. Die Arbeit und Verantwortlichkeit ist für jeden einzelnen Erwachsenen größer, als man sich das in der Öffentlichkeit wohl vorstellen kann. Sie ist in den letzten Jahren noch größer geworden durch den noch lange nicht abgeklungenen psychischen Einfluß des Krieges und der Revolution auf die Schuljugend. Deshalb wurde überall die Zahl der Spielleiter vermehrt, damit die Ueberlastung und Kluft, die natürlich auch hier in der Form eines reinen Gemeinschaftslebens geübt wird, eine möglichst konzentrierte sein kann. Trotz dieser in der Danksache gleichmäßigen Fülle von Arbeit und Verantwortlichkeit, werden die Lehrer einschließlich des Oberleiters, weil sie selbstbestimmt sind, um die Hälfte geringer bezahlt als die Nichtlehrer. Die Lehrer als Spielleiter verhalten sich um Gleichstellung und vertreten dabei den Standpunkt, daß sie in jedem Jahre auf die Erholungsreise verabschiedet und während der Ferien mindestens ebensoviel arbeiten als im eigentlichen Schuldienst, während alle übrigen Lehrer während der Ferien das volle Gehalt beziehen, ohne zu arbeiten.

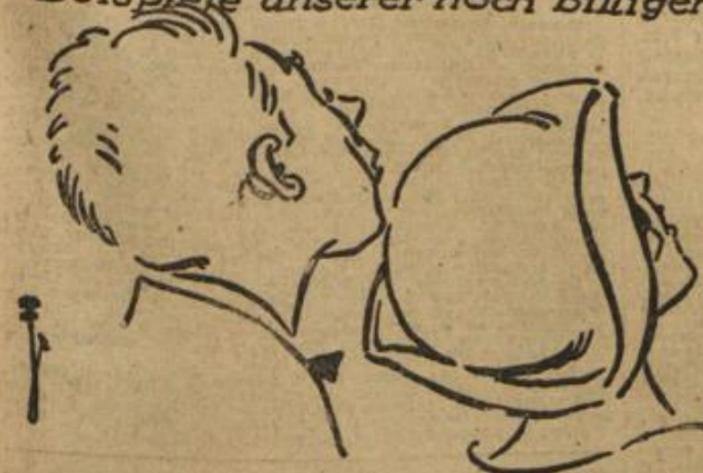
Beteilung Berlins an gemeinnützigen Bauten

Die Wohnstättengesellschaft m. b. H., Berlin, ist an die an der Schaffung neuer Siedlungen interessierten Behörden (Reichsarbeitsministerium, Post, Eisenbahn, Stadt Berlin usw.) mit der Einladung heranzetretet, sich an ihr zu beteiligen. Die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums gegründete gemeinnützige Gesellschaft bezieht ausschließlich in Groß-Berlin und dessen näherer Umgebung minderbemittelten Familien oder Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen. Zurzeit hat die Gesellschaft folgende Bauvorhaben in Ausführung:

1. Seehof, im Anschluß an die Siedlung des Beamtenwohnungsvereins an der Berlepschstraße (108 Wohnungen),
2. Dahlem, Afernplatz (230 Wohnungen),
3. Schöneberg, Cecilengärten, (100 Wohnungen).

Warten Sie nicht mit Ihren Einkäufen — die Preise steigen weiter!

Beispiele unserer noch billigen Preise:



- Kinder-Hausschuhe** prima Stoff, mit Kordelsohle, in extra schön, frischem Farb. Bes. preiswert. Grösse 31-35 82,00, 37-39 72,00, 40-44 68,00
- Kinder - Schnürschuhe** schwarz u. weiß Segel, m. angepösch. Gummisohle. Sol. Vorrat. Gr. 27-35 88,00
- Kinder-Turnschuhe** grau u. schwarz Segeltuch, mit prima Chromledersohle. Besond. prakt. für Sport u. Strasse. Gr. 31-35 128,00, 35-39 145,00
- Kinder - Halbschuhe** a. Schnür, m. Spange, la. weißes Leinen, breite Form, m. Abst. Gr. 31-35 225,00, 37-39 210,00, 40-44 158,00

- Damen-Hausschuhe** prima Stoff, mit Kordelsohle, in entzückend hübschen Mustern, extra leichter Hans- u. Relemedach, besond. billig 88,00
- Damen - Halbschuhe** Lasting-Zug, a. Schnürschuhe, mit Leiservorderkappe, prima Ledersohle, mit Absteck. Extra billig. 295,00
- Damen - Leinenschuhe** mit Spange, prima Qualität, mod. Gornate Formen und Absteck. Ausserordentlich preiswert 295,00
- Damen - Schnürschuhe** prima schwarz, auch weißes Leinen, elegante, mod. Form, mit halbhohem Absteck, and. erstklass. Verarbeitung 325,00

- Herrn - Schnürschuhe** Segeltuch, mit angepöschter Gummisohle, für Sportzwecke besonders geeignet. Solange Vorrat 138,00
- Herrn - Turnschuhe** grau u. schwarz Segeltuch, prima Chromledersohle, beliebter Sportschuh, 265,00 225,00
- Herrn-Hausschuhe** braun und schwarz Leder, extra leichter Niedertreter, für Haus und Balle, bes. preiswert. Solange Vorrat 295,00
- Herrn-Halbschuhe** la. weißes Leinen, zum Schürren, mit extra starker roter Gummisohle, ganz besonders billig, 325,00 450,00

Stüller

Putz-Ausstellung

Blusen

Bluse aus gutem bannwollenen Musselin mit abgesetztem Kragen und Perlmutterknöpfen garu. **118⁵⁰**

Bluse aus weissem festem Stoff, mit knittertem Handstück und Knöpfen, offen und geschlossen zu tragen **178⁰⁰**

Bluse aus weissem Vollwolle, Kimonoform, mit farbigen Handstück verziert. **285⁰⁰**

Jumper aus guter Kunstseide, mit anderstärkigem Kragen, in hellen und dunklen Farben **498⁰⁰**

Lindener Köpervelvet
garantiert florist

Kleiderstoffe

Foulé reine Wolle, in diversen Farben. **195⁰⁰**

Wollflanell gedr., aparte Muster, Str. **235⁰⁰**

Rockstreifen aparte Stellung, etwa 110 cm breit. **395⁰⁰**

Eolienne eleg. halbs. Gew., doppeltbreit, Mtr. **495⁰⁰**

Damen-Konfektion

Herbst-Mäntel warme Stoffe **1275⁰⁰**

Mäntel imprägnierte Stoffe **1290⁰⁰**

Covercoat - Paletot **2950⁰⁰**

Kleiderrock Frotté, kariert **390⁰⁰**

Seidentrikot-Kleid **975⁰⁰**

Donegal-Jackenkleid **1975⁰⁰**

Grosse Theater-Abonnements-Vergünstigung

für Residenz-Theater, Tranon-Theater und Kleines Theater

Gültig für 6 verschiedene Abendvorstellungen. Ermässigung bis über die Hälfte des Kaufpreises

Vorgesehen sind 6 folgende Vorstellungen in erster Besetzung:

Ibsen, Die Frau v. Neere | Felda, Die Zwillingsschwester | Sudermann, Das neueste Bühnenwerk

Sardou, Feders | Hauptmann, Himmelfahrt | Wilde, Das Bildnis des Dorian Gray

Ausgabe der Abonnementskarten sowie nähere Bedingungen nur erhältlich in den drei Häusern der Firma

HERMANN TRIETZ, Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee

Waschstoffe

Musselin Baumwolle, in vielen Mustern. **78⁰⁰**

Perkal für Oberhemden und Blusen. **95⁰⁰**

Vollvoile bedruckt. **165⁰⁰ 225⁰⁰**

Vollvoile weiss, doppeltbreit. **185⁰⁰**



Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Unterröcke

Unterrock aus gutem Zephir mit hohen Säumchen und farbiger Blende. **198⁰⁰**

Unterrock aus gutem gestreiftem Moire, mit hochbem. plissiert Ansatz. **225⁰⁰**

Unterrock aus gestreiftem Alpaka, mit elegantem Säumchenvolant **290⁰⁰**

Unterrock sehr guter Satta, mit hohem plissierten Volant **325⁰⁰**

Seidentrikot

glatt und gemastert, für Jumper und Kleider

Seidenstoffe

Serge für Jackenfutter, Meter **135⁰⁰**

Blusenseide weiss-schwarz gestreift und kariert, Meter **195⁰⁰**

Velvet für Hüte in grosser Auswahl. **250⁰⁰**

Duveline Lallen moderner Farben. **265⁰⁰**

„Arbeiter-Sport“

Wochenblatt zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen, Publikationsorgan des Kartellverbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewusstsein, daß der Arbeitersportler ein tüchtiges Mitglied der proletarischen Kampfschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport“ wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflüchtigung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist geübte Kämpfer heranzubilden.“

Jeder klassenbewusste Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“. Er ist das ständige Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport“
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Elger Str. 71-73a, 5 Min. vom Hbf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung.



Küchen farbig und naturgelasert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Geschlechtskranke

Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 B, 2. Friedrichstr. 81
3. Königstr. 86/87 am Alexanderplatz.
Sprechstunde 9-12, 4-7, Sonntag 10-12
nur Potsdamer Str. 123 B
Poland, a. u. d. Str. 104, Zentrum 8724.

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe
sowie **Altmetalle** kauft zu
höchsten Preisen
Roseneck, Berlin O.,
Schönebergstr. 32 (Laden)
1 Min. v. Hbf. Frankf. Allee. Fahr-
geldverg. Gr. Absatz, t. Händler.

Die Antwort auf den Rathenau-Mord

sei die **Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens!**

Hohenzollern
Wilhelm II. und sein Haus
Der Kampf um den Kronbesitz
Preis gebunden M. 30.—

Warum war der Staatsgerichtshof notwendig?

Die Aufklärung bringt:
Kuttner, Bilanz der Rechtsprechung
Preis M. 10.

Ernste Bedeutung hat erlangt die früher erschienene
Schrift desselben Verfassers:

Warum versagt die Justiz?
Preis M. 15.—

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Freiheit
Berlin SW. 61, Urbanstraße 7.

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung

Herren-Damen-
Anzüge, Hosen, Paletots, Strümpfe,
Paletots, Ulster, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise,
— grosse Auswahl —

M. Beiser, Lothringer Str. 67

Schokoladen

noch in allen Preisen:

Schmelz, 50 g 6,55 M.
Milch, 100 g 18,00 ..
Ebel, 100 g 18,00 ..
Rohr, 100 g 18,00 ..
Pralinen, 100 g 44,65 ..
Pralinen in 1/4 Pf.-Packung, Kakaobutter
100 g 28,00 M. Pralinen - Kisten
ausw. — Pfund 28,00 M.

M. Knopf, Rosenthaler Str. 10.

Gold, Silber, Platin

Zeitungen bis 10 Mk.

Flaschen bis 12 Mk.

kauft Schütz,

Kyffhäuserstrasse 5,

nah Winterfeldpl.

Kauft bei unseren Inserenten!

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen

Die Expeditionen sind geöffnet: Dienstags von 10-12 Uhr, Donnerstags „3-6“, Sonntags nur „3-6“

Hauptexpedition: Fernsprecher: Noabit 2021, Hansa 1970-72

Einzigste Parteiliteratur in allen Expeditionen erhältlich. Anzeigen-Kundenservice ebenfalls.

- Nordan:** Franke, Genter Str. 34; Frig Giese, Pantstr. 60; Rahmann, Stargardter Str. 13; Rohmann, Quisenstr. 43; B.-K., Kaserstr. 174
- Nordwesten:** Franzen, Wittfocker Str. 19; B.-K., Wilhelmshavenstr. 48
- Nordosten:** Werner, Greifswalder Str. 29; Wuyt, Choriner Str. 68
- Osten:** Wenzel, Gubiner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
- Südosten:** Sinner, Skalitzer Str. 101
- Westen:** B.-K., Steglitzer Str. 37
- Süden:** Jordan, West-, Dresdenstr. 24; Krüger, Wassertorstr. 41 (Keller); Schäfer, Gneisenaustr. 70
- Adlershof:** H. Hoffmann, Arndtstr. 7b
- Alt-Glieniche:** Frau Krüger, Rudower Str. 72
- Baumfchulenweg:** Hoffmann, Schrad. Str. 11
- Bernau:** Broke, Mühlent. 7
- Biesdorf:** Bänisch, Marxjäger Str. 26
- Blankenburg-Buchholz:** B.-K., Wagner, Burgwallstr. 63
- Bohnsdorf-Orinaw:** Friebe, Paradiesstr. 12
- Borsigwalde:** Gebauer, Schubertstr. 32
- Brig:** Mittag, Chausseestr. 82, B.-K.
- Charlottenburg:** J. Sternliker, Königin-Elisabeth-Str. 6b; Köhne, Wallstr. 4
- Erkner:** B.-K., Friedrichstr. 21
- Fichtenau bei Rahnsdorf:** Kräfte, Waldstr. 28, B.-K.
- Friedersdorf:** Dageborn, Hornstr.
- Friedenau:** Petermann, Rheinstr. 28, Gde. Rönnebergstr. 2, B.-K.
- Friedrichsfelde:** Furmann, Victoriastr. 1
- Friedrichshagen:** B.-K., Kurze Str. 1
- Grinaw-Falkenberg:** Schebone, Köpenicker Str. 92
- Hennigsdorf:** Korbanhuf, Rathenaustr. 3
- Hermisdorf:** Sorauer, Rastanien-Allee 2
- Bohennuendorf:** Müller, Emmastr. 4
- Hohenschönhausen:** nach Ebel, Weissensee Berliner Allee 54.
- Johannisthal:** Kieper, Friedrichstr. 38
- Karlshorst:** B.-K., Waldow-Allee 4
- Kaulsdorf:** Willi Jech, Ufermarktstr. 23
- Köpenick:** B.-K., Schlag, Rieper Str. 6
- Königswusterhausen:** Döhning, Schwarzkopffstraße 98, siehe Wildau
- Lichtenberg:** Paul Schulze, Eitelstraße 30; Fran Rodmale, Weichselstraße 28
- Lichtenrade:** B.-K., Kaiser Friedrichstr. 9
- Lichterfelde-West:** B.-K., Steglitzer Str. 19
- Lichterfelde-Ost:** B.-K., Kais. Wilh. Str. 3
- Conkwitz:**
- Mahlsdorf:** Schmidt, Walderseestr. 40 II
- Mariendorf:** B.-K., Chausseestr. 29
- Marienfelde:** Grentlich, Berliner Straße 143
- Neuenhagen:** B.-K., R. Wenzel, Flegelstraße 71
- Neuhöfen:** Krüger, Emser Str. 82; Wiehe, Redarstr. 3
- Niederschönwalde:** Gronius, Fiebigstr. 28
- Niederschönhausen:** Seeger, Eichenstr. 65
- Nowawes:** B.-K., Eisenbahnstr. 10
- Oberschönwalde:** Kauf, Bismarckstr. 28
- Dankow:** B.-K., Mühlent. 70
- Reinickendorf-Ost:** Bamberger, Residenzstr. 128
- Reinickendorf-West:** Seibel, Volkshaus, Scharnweberstraße 14-15
- Rosenthal:** Elise Belg, Niederstr. 3
- Schmargendorf:** Nehab, Breite Str. 3
- Schöneberg:** B.-K., Welsiger Str. 27
- Siemensstadt:** B.-K., Toblerstr. 10
- Staaken:** B.-K., Eichenwinkel 10
- Stralau:** Senne, Vackerstr. 2
- Steglitz:** B.-K., Tüppelstr. 35
- Südende:** Jovinshert, Brandenburger Str. 7
- Tegel:** Gids, Brunowstr. 48
- Teitow:** Häsel, Rühlendorfer Str. 37
- Tempelhof:** B.-K., Kaiser-Wilhelm-Str. 13
- Treptow:** Wisk, Riehlstr. 18b
- Waldmannslust:** Ernst Eng, Platanenstr. 12
- Weissensee:** B.-K., Berliner Allee 54
- Wildau:** Döhning, Schwarzkopffstr. 98
- Wilnersdorf:** B.-K., Götterstr. 12-24
- Wilmanns:** 42 — Tübingerstr. 2a
- Wittenau:** B.-K., Rosenthalerstr. 46
- Zehlendorf:** B.-K., Zeltenerstr. 3
- Zeuthen:** Lehning, Babenstr. 2

Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin NW 40 * Kronprinzen-Ufer 27

Wir bitten, dieses Verzeichnis anzubewahren und die in demselben angeführten Expeditionen bei Verteilungen der „Freiheit“ bei Vorhandensein von Anzeigen und bei Abwesenheiten in Anspruch zu nehmen. — Nachwerden jeder Art sind an den Verlag direkt oder an die jeweilige Expedition zu richten.
Der Verlag.

Gewerkschaftliches

Geheimerlaß bei der Eisenbahn

Planmäßige Bildung von Streikbrechergarden

Der bekannte günstige Wind läßt auf unseren Redaktions-tisch einen vom 4. d. Mts. datierten Geheimerlaß des Prä-sidenten der Eisenbahndirektion Mainz flattern, der über die Bildung von Streikbrechergarden einen ausführlichen Plan enthält. Besonders interessant ist die Tatsache, daß in diesem Erlaß die christlichen Gewerkschaften, die Ge-werkschaft der Reichseisenbahnbeamten, der Verband deutscher Eisenbahntechniker und der Verband der Oberingenieure, von vornherein als zuverlässige Streikbrechergilden bezeichnet werden. Es ist nicht unsere Aufgabe, die bezeichneten Organisationen gegen den in der Behauptung stehenden Vorwurf in Schutz zu nehmen. Wir können es den genannten Organisationen getrost überlassen, der Öffentlichkeit ihre Ansicht über die Auffassung des Eisenbahnpräsidenten der Direktion Mainz mitzuteilen. Es erübrigt sich auch, uns kritisch zu dem Geheimerlaß zu äußern. Dieser spricht für sich selbst und ent-hält mit aller Deutlichkeit den reaktionären Charakter eines großen Teils der oberen Beamten der deutschen Reichseisen-bahn.

Wir lassen das Dokument im Wortlaut folgen:

Der Präsident Mainz, den 4. August 1922.
der Eisenbahndirektion
(Pr.) 84. M. 288.

An die
B.N. 1-3 und B.N. in Darmstadt, B.N. 2
und B.N. in Worms. — je besonders —
Geheim!

Durch Erlaß RMV. vom 14. 7. 1922 ist die Form der allmonatlichen Berichterstattung über den Stand an ver-fügbarem Personal und Nothelfern im Falle eines Streiks geändert worden, und zwar gilt vom laufenden Monat ab das untenstehende Muster. Entsprechend diesem haben die Beamten — je für ihren Geschäftsbereich — die erfor-derlichen Angaben über den Stand am 15. 7. bis spätestens zum 27. d. Mts., für die künftigen Monate jeweils bis zum 17. des betreffenden Monats pünktlich hierher ein-zusenden.

Erläuternd wird bemerkt:

- Unter Ziffer 1 (Eisenbahnpersonal) sind in Spalte V die Bediensteten aufzuführen, die gemäß Verfügung vom 25. 5. 1922, Nr. 34 M 178 als arbeitswillig bestimmt zur Verfügung stehen werden. Hierfür kommen in Betracht die Angehörigen der Christlichen Gewerkschaft, der neuen Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten, des Verbandes Deutscher Eisenbahntechniker, des Verbandes der Oberingenieure sowie die für den Betriebsdienst freizumachenden Beamten des inneren Dienstes.
 - Die Ausbildung von bautechnischen und administ-rativen Beamten für den Stellwerks- und Lokomotivfahr-dienst ist, soweit die Beamten für den Nothbetrieb ab-schmälert sind, vom RMV. genehmigt. Die in Betracht kommenden Bediensteten sind in den Spalten I und II aufzuführen, während die durch die Ausbildungszeit ent-fallenden oder noch entfallenden Kosten in den Spalten III und VI nachzuweisen sind.
 - Alle Angaben haben sich nur auf die Strecken des unbesetzten Gebietes zu erstrecken.
- Es folgt dann eine sechs-spaltige tabellarische Uebersicht über den Stand des „zuverlässigen“ Eisenbahnpersonals und der Technischen Nothilfe.

Wir erwarten, daß der Eisenbahnminister Groener sich zu diesem Geheimerlaß der ihm nachgeordneten Stelle äußert. Auch wäre es gut, wenn der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sich der Sache annehmen würde. Es handelt sich hier um mehr als einen Angriff auf das Koalitions- und Streikrecht. Es handelt sich um eine direkte Unterstützung all der verbotenen Bräuderorganisa-tionen, die jetzt an ihre Mitglieder die Weisung erteilen lassen, sich in der „Technischen Nothilfe“ zu organisieren. Wenn das Reichsverkehrsministerium den oben-stehenden Erlaß genehmigt und unterschreibt, vergeht es sich nach alledem gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter

Am Sonntag, den 30. Juli 1922 fand im Gewerkschafts-haus die Generalversammlung der Berliner Fabrik-arbeiter statt. Der Bericht über die Lohnbewegungen lag gedruckt vor und wurde vom 1. Bevollmächtigten W. Reimann erzählt. Aus ihm geht hervor, daß die Lohnabschlüsse für die verschiedenen Branchen nur immer für einen Monat geschätzt wurden; trotzdem hielten die Löhne nicht gleichen Schritt mit der Teuerung. Daraus seien auch die Bewegungen, die zum Streik führten, zu erklären. Der Streik der Schallplattenarbeiter sei erst dann sanktioniert worden, als die Unternehmer Maß-regelungsversuche leisteten. Auch durch Drohungen des RMV. in einem Schreiben an das Reichsamt für die Industrie und Handelsgewerbe, im übrigen sehen wir den Kampfmaßnahmen des RMV. mit Ruhe entgegen.

Zu den Beschlüssen von Gewerkschaftskongress und Verbandstag übergehend, sagte Reimann, daß in Leipzig die Delegierten der Fabrikarbeiter ohne Un-terstützung der Partei geschlossen gegen Dismann für die Resolution Tarnow einstimmig haben. Die Reso-lution Dismann ist durch die mündlichen Erklärungen der

Unterzeichner nicht klarer geworden. Die Fabrikarbeiter sind Anhänger der einheitlichen Zusammen-fassung der Arbeiter in Betriebe und Industrien. Wenn aber nach dem Gedankenansatz Dismann einheitliche Indus-trien zerissen werden sollen und die einzelnen Gruppen dadurch zur Dismann verurteilt werden, können sie nicht mitmachen. Der Fabrikarbeiterverband mit seinen 769.000 Mitgliedern hat in den 22 Jahren seines Bestehens den Nachweis erbracht, daß er die Interessenvertretung der Ar-beiter in den von ihm vertretenen Industriezweigen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die einstimmige Annahme der Resolution zu dem Referat Tarnow über die In-dustrieverbände auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. zu beurteilen. Die Resolution spricht klar aus, daß, wenn es sein muß, wir unsere eigenen Wege gehen.

Daß der Verbandstag zu einer Reuegelung des Finanzwesens der Organisation kommen mußte, ergab sich aus den letzten großen Kämpfen, die die Organisation führte. Die Beitragsfrage wurde nach dem Grundsatz: „Der Wochenbeitrag ist gleich einem Stundenlohn“ geregelt. Die Streikunterstützung wurde weiter ausgebaut, während die anderen Unterstützungen abgebaut wurden. Redner wandte sich scharf gegen alle Fraktionsbildun-gen in den Gewerkschaften.

Zum gedruckten Kassensbericht übergehend, der bei der Hauptkassette in Einnahme und Ausgabe mit 2718.542,10 Mark, in der Sollkassette mit 1.687.982,62 Mark bilanziert, erklärt der Redner, daß, gemessen an der Geldverwertung, der Sollkassensbestand zu gering ist. Das erweiterte Tätig-keitsgebiet der Kassette erfordert große Mittel. Der Mittelle der Bestand hat sich im letzten Quartal um 350 erhöht.

Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Dem Kassierer wurde nach dem Bericht der Revisoren, den Richard Reimann ab. einstimmig Entlastung erteilt. Ohne Diskussion wurde ein Antrag der internen Ortsverwaltung angenommen, der ab 23. Woche den wöchentlichen Beitrag für Männer auf 24 M., für Frauen auf 16 M. festsetzt. Quasi wurde der erweiterten Verwaltung Vollmacht erteilt, ab 3. Woche im September die Beiträge nach dem vom Verbandstag aufgestellten Grund-satz zu regeln.

Betriebsräte

Auf Beschluß des Zentralrats der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale findet am Montag, den 7. August 1922, abends 5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, die Generalversammlung der Betriebsräte mit der Tages-ordnung

„Die politische Lage und Bayern“

statt. Teilnahmeberechtigt an der Generalversammlung sind die gewählten Generalversammlungs-Delegierten, der Zen-tralrat, sowie als Gäste die Gruppenräte und die Dele-gierten zur Plenarversammlung der Gewerkschaftskom-mission und des Afa-Bundes.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Wir fordern des-halb die Delegierten der einzelnen Betriebe auf, dafür zu sorgen, daß die in ihren Betrieben tätigen Generalver-sammlungsdelegierten vollständig erscheinen. Ohne Dele-giertenkarte, Betriebsrätekarte und Verbandsbuch kein Zutritt!

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d.
Bezirksbezirk Groß-Berlin.

Krise im Textilgroßhandel

In einer außerordentlich hart besuchten Versammlung der kaufmännischen Angehörigen des Textilgroßhandels im Großen Saal der Russierstraße am 2. d. Mts. referierte Rechner vom Zentralverband der Angehörigen über den Stand der Lohnbewegung. Die direkten Verhand-lungen scheiterten, weil die Arbeitgeber unerfüllbare Be-dingungen den Angehörigen stellten. Nach Abbruch der Ver-handlungen wurde der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. Ledigste Zustimmung gab die Vermittlung darüber kund, daß die Tarifkommission einen Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses abgelehnt hat. Der darauf folgende Schiedsspruch, welcher in der Gehaltsfrage zwar eine Verbesserung der Gehaltsätze, dagegen eine Ver-schlechterung in der Teuerungsklausel brachte, wurde vom Rechner als völlig ungenügend bezeichnet. Mit ge-ringen Ausnahmen forderten die zahlreichen Dis-kussionsredner eine Ablehnung des Schieds-spruches. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag auf Urabstimmung in den Betrieben fand An-nahme. Im Schlusswort wies der Referent auf den Ernst der Situation hin, die eine große Bedrohlichkeit mit der Situation im Oktober 1920 hat und damals zu einem drei-wöchigen Streik führte. Die amtierende Pause ist nicht ungenügend verfrühen. Stärker und feiler als zuvor steht die Angestelltenchaft des gesamten Textilgroßhandels heute zusammen.

Die neuen Löhne der Maßschuhmacher

Zwischen dem Verein Berliner Schuhmachermeister und dem Zentralverband der Schuhmacher, Rahlsche Berlin, ist am Sonnabend, den 5. August 1922 vor dem Schlichtungs-ausschuß Groß-Berlin zur Regelung der Löhne der Maßschuhmacher folgender Ver-leich abgeschlossen worden: Für die Zeit vom 1. 7. bis 31. 8. 1922 erhalten alle Ar-beitnehmer auf ihre bisherigen Löhne eine Nachzahlung in Höhe von 3 M. pro Stunde.

Für die Zeit vom 1. 8. bis 2. 9. 1922 beträgt der Mindest-löhne für männliche Reilohnarbeiter und als Akkord-basis für neue Arbeiter 30 M., für weibliche Reilohnarbeiter und als Akkordbasis für Reparaturen 20 M.

Diese Vereinbarung gilt vom 31. August 1922 bis 2. Sep-tember 1922.

Lohnzulagen für die Metallformer

In einer Versammlung der Metallformer und Berufs-gehörigen am Freitag in Graumanns Werkstatt berichtigte Branchenleiter Tredow über die Lohnverhandlungen mit den Vertretern des Vereins Berliner Metallgießereibetriebe. Diese erklärten sich bereit, für die Zeit vom 2. bis 31. Juli auf alle Stundenlöhne eine Nachzahlung von 2 M. zu be-willigen, ferner für die Zeit vom 31. Juli bis 18. August auf alle bestehenden Stundenlöhne einen Zuschlag von 10 M. und vom 18. bis 30. August eine weitere Zulage von 2 M. zu machen.

Die zurzeit gezahlten Stundenlöhne betragen in den bestehenden drei Klassen: 31,15 M., 20,50 und 28,95 M.

Den Akkordarbeitern soll ebenfalls eine feste Grund-löhnezulage von 10 und weiter die von 2 M. gewährt werden. Nach längerer Aussprache wurde das Angebot der Arbeit-geber von der Versammlung angenommen. Von der Ver-handlungskommission wurde aber eine Regelung der Ver-löhne bei der nächsten Lohnverhandlung verlangt.

Lohnbewegung der Asphaltarbeiter

Die Asphaltarbeiter, deren Stundenlöhne wesentlich hinter denen anderer bauarbeiterlicher Arbeiter zurückblieben, haben nach einem kurzen zwei Tage währenden Streik einen Erfolg erzielt. Durch gegenseitige Vereinbarung wurde eine Lohnzulage von 5 M. pro Stunde für den Monat Juli erteilt. Durch Verhandlungen, die am 2. 8. zwischen dem Arbeitgeberverband und den Vertretern des Verbandes der Asphaltarbeiter, stattfanden, wurden die Löhne für den Monat August um 6,50 pro Stunde erhöht. Die Löhne betragen demnach für den Monat August pro Stunde 34 M., 34,50 M., für die Vorarbeiter 35,50 M. und für die Handwerker 30 M. Die Versammlung, die am gleichen Abend stattfand, stimmte dem Abkommen zu.

Der Verbandsbeitrag für die Hauptkasse beträgt ab 22. Woche — vom 7. August — 15 M.

Streikbeschluss der Schildermaler

Der Verein Berliner Schilderfabrikanten hat es abge-sehnt, eine den Teuerungsverhältnissen einigermassen Rech-nung tragende Entlohnung der Schildermaler eintreten zu lassen. Daraufhin hat die am 4. August abgehaltene Bran-chenversammlung beschlossen, vom 1. August ab einen Stun-denlohn von 42,50 M., und vom 16. August ab 45 M. zu fordern. Wo diese Forderung nicht bewilligt wird, treten die Kollegen am 5. August in den Streik.

Verband der Porzellanarbeiter.

Gehaltsregelung in den privaten Architekturbüros

Für die technisch und künstlerisch tätigen Angestellten in den privaten Architekturbüros ist am 27. Juli cr. eine Ver-einbarung zwischen dem B. d. A. und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten getroffen worden, die eine Gehaltsregelung für alle technischen An-gestellten in diesen Büros vorsieht. Die höchsten Ge-hälter belaufen sich nach dieser Vereinbarung für den Bau-führer bzw. künstlerischen Architekten zur Zeit auf 10.640 Mark. Dazu kommen noch besondere Zulagen für Aufsen-tätigkeit. — Auskünfte über den Vertrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortshauptver-waltung Groß-Berlin, Berksstraße 7.

USPD-Betriebsräte und Vertrauensleute des A. G. O. Konzerns. Montag, 7. August, abends 6 Uhr, im Lokal von Gläser, Falkenstraße, 49, Fraktionsstunde. Mitteilungs-buch der Partei und Gewerkschaft legitimiert. — Der Prä-sidentenwahl.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die zu Montag, den 7. August einladende erweiterte Verwaltungs-sitzung fällt aus. — Die am 5. August stattgehabende Urab-stimmung über die Lokalbeitragsanhebung hatte folgendes Resultat: Insgesamt wurden abgegeben 5707 Stimmen, da-von 3978 mit Ja und 1789 mit Nein. Ungültig waren 44 Stimmen. Die Lokalbeitragsanhebung ist demnach mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. Die Ortsverwaltung.

Schallplattenarbeiter. Die Arbeitsaufnahme der Strei-kenden und ausgesperrten Schallplattenarbeiter des Hind-erth-Konzerns findet am Montag, den 7. August 1922, statt. Verband der Fabrikarbeiter.

Der neue Lehrplan der Betriebsrätschule enthält diesmal 38 Kurse, die in das Arbeitsrecht, in die Privat- und Be-triebswirtschaft und in die Volkswirtschaft einfließen und ferner eine Reihe von Einzelkursen dieser Gebiete behandeln. Sowohl der Anfänger als auch der bereits Fortgeschrittene hat die Möglichkeit, sich geeignete Kurse auszuwählen. In den Lehrberatungsstunden der Schule (Montag und Freitag von 4 bis 7 Uhr) hat er Gelegenheit, die Wahl der Kurse, bzw. seinen weiteren Ausbildungsplan mit Ver-tretern der Schule zu besprechen.

Oberrationen (zum Preise von 15 M. für Arbeitsloie unentgeltlich) sind in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, sowie im Büro der Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Enckeufer 24/25, 2. Hof 1, erhältlich. Die Betriebs-räte und Funktionäre nehmen in den Betrieben am besten Sammelbestellungen auf und überreichen sie dem Büro der Schule.

herausragend bewährt bei:

Jogal Sicht, Grippe, Rheuma, Hexenschuß, Zschias, Nervenschmerzen.

100 g 1 Mill die Schmerzen und hebt die Stimmung aus. In allen Apoth., Best. 64, 7, Acid, acet, salic. 0,400%, Chinin, 12,0%, Lithium, ad 100 Anonym, „Ausführliche Prospekt gratis und franko. Fabrik Pharmacia, München 27.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

Ohne Chlor! Wascht, bleicht und desinfiziert.

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals lösel! Nur in Originalpackung!

Alleinige Hersteller: MENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der albewährten „MENKO“ (Menkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:

Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur „Humanität“ u. „Demokratie“ der Partei der Sozialrevolutionäre.) Preis Mark 25.—

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):

Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen). Preis Mark 4.50.

W. KNJASEW:

W. Wolodarski. Preis Mark 35.—

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Das menschwistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.) Preis Mark 1.50.

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Der Terror der georgischen Menschewiki. Preis Mark 20.—

L. TROTZKI:

Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens. Preis Mark 35.—, geb. Mark 45.—

I. WARDIN:

Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution. Preis Mark 6.—

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Preis Mark 45.—

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

W. BYSTRANSKY:

Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Preis Mark 60.—

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hambg. 8

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftstagszeit
von vormittags 9 die nachm. 4 Uhr
Telephon:
Hilf Norden 833, 834, 835, 836

Bezirksversammlung

Des. 8. im Saal von Ottilien, Wassertrichstraße 68.
Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist unbedingt Pflicht.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

bei Ottilien, Spandauer Straße 74.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Bezirksversammlung

aller in den Bezirksbezirken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Saal von Graumann, Raumstr. 27.
Zusatzordnung:
Bericht über unsere Lohnverhandlungen.
Erscheinen aller ist Pflicht.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Außenvereine

Brancheversammlung im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.
5. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin, Schulstr. 17-31

Bezirksversammlung

des. 8. im Saal von Ottilien, Wassertrichstraße 68.
Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist unbedingt Pflicht.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

bei Ottilien, Spandauer Straße 74.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Bezirksversammlung

aller in den Bezirksbezirken des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes im Saal von Graumann, Raumstr. 27.
Zusatzordnung:
Bericht über unsere Lohnverhandlungen.
Erscheinen aller ist Pflicht.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Außenvereine

Brancheversammlung im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Vertrauensleute

ber Berufstätigen und Kollegen aus den Betrieben für geladene Besuche im Saal von Schwarz, Heibelstraße.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 5 Uhr.

Brancheversammlung

im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 37 a (Saal 1).
Zusatzordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen.
2. Beschlüsse der letzten Sitzung.
3. Beschlüsse der letzten Sitzung.
4. Beschlüsse der letzten Sitzung.

Abend: 7. August 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Rauchtabak

Pfund 28 Mk.
Holländer 50 Mk.
Schn. Krausen 50 Mk.
Porto 50 Mk.
Gold 50 Mk.
Rud. 50 Mk.
Burger Str. 1.

Metalle

kauf von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabrikanten
Schulandorferstr. 1.

Mitmetalle

zahl hohe Preise, große Geschäfte, Berlin, Nordufer Str. 107.

Teilzahlung!

Garderobe für Damen, Herren sehr preiswert, in großer Auswahl, Lagerbestände bei bequemen Ratenzahlungen
H. Tyra & Co., Berlin, Nordufer Str. 28

Kein Laden

Gegründet 1894.
Herabgesetzte Preise
Damen-Mäntel
Sommer u. Herbst

Domsson 4000 650 Kostüme 3500 1850 650 350
Jugend 1200 99. 1500 225. 1850
Kostüme 1350 1050
Kostüme 1200 1050
Kostüme 1150 950
Kostüme 1000 850
Kostüme 950 750
Kostüme 850 650
Kostüme 750 550
Kostüme 650 450

Neue Winter-Kollektion
jetzt noch zu sehr billigen Preisen
Winter-Duster, Winter-Blusen, Winter-Jacken, Winter-Mäntel, Winter-Strickjacken, Winter-Strickkleider, Winter-Strickhosen, Winter-Stricksocken, Winter-Strickhandschuhe, Winter-Strickmützen, Winter-Strickschals, Winter-Stricktaschen, Winter-Strickkapsen, Winter-Strickstiefel, Winter-Strickschuhe, Winter-Strickstrümpfe, Winter-Stricksocken, Winter-Strickhandschuhe, Winter-Strickmützen, Winter-Strickschals, Winter-Stricktaschen, Winter-Strickkapsen, Winter-Strickstiefel, Winter-Strickschuhe, Winter-Strickstrümpfe.

Spezialität: Extr. für starke u. große Damen
M. Mieszytz, Laadberger Str. 59, Tropen, Berlin f.
Sonnentage und Sonntag geschlossen.

Werbt für unser Blatt!

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Geschäft, alle:
Ber in N.B. 40, Kronprinzenufer 271

Kleine Anzeigen

Das über Schrift, Wort 1. - M. jedes weitere Wort im Text 3. - R. netto. Stellengehabe: Über Schrift, Wort 3. - , jed. weitere Wort 1. Text 2. - R.

Kleine Anzeigen

Das über Schrift, Wort 1. - M. jedes weitere Wort im Text 3. - R. netto. Stellengehabe: Über Schrift, Wort 3. - , jed. weitere Wort 1. Text 2. - R.

Weinberger Schuh-Fabrik Brunnenstr. 25

Detail-Verkauf von Damen- und Herren-Schuhen und -Schuhen zu Fabrikpreisen